

KNA-Hintergrund

Analyse, Einordnung, Vertiefung

Ausgabe 12/25



Nach vorne blicken

**Das synodale Projekt
des Papstes soll
weitergehen – bis 2028**

Mit einem ungewöhnlichen
Manöver sucht Franziskus seine
Reformen zu sichern Seite 14

**Nicht vorschnell
auf Einrede der
Verjährung verzichten**

Klaus Mertes zur Debatte, wie
Bistümer mit Schmerzensgeld-
klagen umgehen sollten Seite 11

**Serbiens Bischöfe und
die anhaltenden Proteste
gegen die Regierung**

Kirchenobere sind uneins, wie sie
reagieren sollen; die Jugend setzt
auf die Orthodoxie Seite 40

KNA-Hintergrund

Analyse, Einordnung, Vertiefung

Seite 4

Überschattet vom kranken Papst und Trumps Weltpolitik tagten die deutschen Bischöfe in der Eifel



Seite 8

Hochrangige Experten mahnen: Deutschland muss endlich anpacken



Seite 20

Die Verhaftung von Ex-Präsident Duterte stellt die Philippinen vor eine Zerreißprobe



Seite 29

Die Presseschau: Kommentare säkularer und religiöser Medien

Seite 35

Mit seiner Philosophie stand Immanuel Kant dem Judentum näher als dem Christentum



Seite 46

Metropolit Ioannis von Korca ist neuer Erzbischof von Albanien



Titelbild: Franziskus am vergangenen Sonntag in der Kapelle des Gemelli-Krankenhauses. Foto: Sala Stampa della Santa Sede/RS/KNA

KNA-Hintergrund

Analyse, Einordnung, Vertiefung

20. März 2025

Liebe Leserin, lieber Leser!

Vermutlich haben Sie unser Titelbild bereits an anderer Stelle gesehen: das erste Foto des Papstes seit seinem Gang ins Krankenhaus vor fünf Wochen. Lange schon hatten nicht nur Medien darauf gedrängt, auch weil vielerorts Spekulationen und Gerüchte ins Kraut schossen. Warum Franziskus nur schräg von hinten? Auch dazu gibt es viele Vermutungen. Eine ausgefallene, aber keinesfalls abseitige vertritt der Kommentator der italienischen Zeitung „Avvenire“ ([Seite 33 in dieser Ausgabe](#)). Dass Franziskus noch voller Tatendrang steckt, schildert Ludwig Ring-Eifel in seinem Beitrag.

Dass auch das Projekt Deutschland erheblichen Reformbedarf hat, zeigt der Zwischenbericht der Initiative für einen handlungsfähigen Staat. Anna Mertens hat sich diesen genauer angeschaut. Wie sehr die katholischen Bischöfe mit der Weltlage ringen, hat Bernward Loheide beobachtet und fasst deren Treffen im Eifelkloster Steinfeld zusammen.

Welche Wirkung die Aufklärung Immanuel Kants auf christliche Theologen und Philosophen hatte, ist weithin bekannt. Weswegen Monika Beck einmal schildert, wie der Denker aus Königsberg im Judentum rezipiert wurde. Außerdem ein Blick nach Serbien, wo die Kirchen zwischen Demonstranten und der Regierung jonglieren. Ihnen eine angenehme und erhellende Lektüre! *Roland Juchem*

Impressum

Geschäftsführerin:

Dr. Andrea Rübenacker

Chefredakteur:

Dr. Bernward Loheide

Stv. Chefredakteur/CvD:

Thomas Winkel

Heinrich-Brüning-Straße 9
53113 Bonn

Telefon: +49 (228) 26 00 00

E-Mail: hintergrund@kna.de

© Copyright 2025 KNA. Alle Rechte vorbehalten. Mit dem Abonnement ist ein Leserecht verbunden. Für die Weitergabe sowie die Veröffentlichung der Inhalte (auch einzeln oder auszugsweise) und aller darin verlinkten Inhalte der KNA bedarf es eines entsprechenden Nutzungs- und Veröffentlichungsrechts. Bitte fordern Sie dies bei Bedarf im KNA-Vertrieb an: vertrieb@kna.de. Jeder Verstoß wird als Urheberrechtsverletzung gewertet.



Beim Eröffnungsgottesdienst der Vollversammlung der Bischöfe in Kloster Steinfeld.

Fotos: Harald Oppitz/KNA

Überschattet vom kranken Papst und Trumps Weltpolitik

Politische Krisen bestimmten das Frühjahrstreffen der Bischofskonferenz. Weil es derzeit so viele davon gibt, schafften die Bischöfe bei ihren Beratungen in der Eifel nicht alles, was sie sich vorgenommen hatten.

Von Bernward Loheide und Roland Juchem

Kall (KNA) Jeden Morgen der bange Blick nach Rom: Wie geht es dem Papst? Franziskus' lebensbedrohliche Erkrankung lag wie ein Schatten auf der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz im Kloster Steinfeld in der Eifel. Manch einer fragte sich, ob die rund 60 Bischöfe und

Weihbischöfe angesichts der Gesundheitskrise ihres Oberhauptes überhaupt zusammenkommen sollten. Doch am Ende waren es ganz andere Krisen, die das Treffen noch mehr bestimmten.

Donald Trumps Anti-Europa-Kurs, der Zerfall des Westens, der Krieg in der Ukraine, die Massaker in Syrien, der AfD-Wahlerfolg, die Verschärfung der

Asylpolitik, die Klimakrise: Mehr als je zuvor ging es um drängende politische Themen. Die Stimme der Kirche – in diesen Zeiten kommt ihr eine besondere Rolle zu.

Der Konferenzvorsitzende Georg Bätzing wurde am Abschlussstag deutlich: „Das ist ein Skandal“, sagte er zum Vorgehen der US-Regierung gegen die Ukraine. Ein kurzfristiger Friedensschluss mit dem Kriegstreiber Russland ohne Sicherheitsgarantien für die Ukraine bedeute keinen langfristigen Frieden in Europa. Es sei nicht hinnehmbar, wenn die USA der Ukraine den eigenen Willen aufzwingen und den Zugang zu Rohstoffen erpressten. Bätzing kritisierte zudem die Abkehr der USA von UN-Organisationen für Entwicklungshilfe, Gesundheitsdienste und Hilfen in Kriegsgebieten.

Magdeburgs Bischof Gerhard Feige wies die von US-Vizepräsident J.D. Vance als „christliche Tradition“ angeführte Rangordnung der Liebe zurück, mit der Vance die Ausweisung von Migranten begründete. „Das kann uns als Kirche nicht gleichgültig lassen“, sagte Feige. „Deshalb sehen wir es nicht als eine Grenzüberschreitung an, sich in grundsätzlichen Fragen mit einzumischen.“ Die Kirche könne sich nicht nur zu vermeintlich rein religiösen Themen äußern. Denn eine Trennung zwischen „weltlich und geistlich“ lasse sich für Christen nicht vollziehen.

Auch in Deutschland sehen die Bischöfe vieles mit

Sorge. Die in Teilen rechtsextreme AfD hatte bei der Bundestagswahl auch in katholisch geprägten Regionen deutlich zugelegt. Insgesamt verdoppelte sie ihr Ergebnis auf 20,8 Prozent.

„Jemand, der die AfD nach diesem Wahlkampf gewählt hat, der kann mit meiner Solidarität nicht mehr rechnen“, sagte Bätzing. Es habe ihn schockiert, wie unverfroren die AfD-Vorsitzende Alice Weidel „spalterische Positionen, antieuropäische Positionen, Pro-Putin-Positionen“ vertreten habe. Niemand könne sich mehr herausreden, etwa nur aus Protest die AfD zu wählen.

„Wir haben Probleme nicht ernst genommen, die viele umtreiben“

Die Bischöfe erinnerten an ihre vor einem Jahr beschlossene Erklärung „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“. Mit der AfD habe die Kirche keine Schnittmenge. Trotzdem komme man nicht umhin, mit den Wählern stärker ins Gespräch kommen, um deren Beweggründe zu verstehen. Bätzing räumte ein: „Auch wir Kirchen haben offenbar Probleme nicht ernst genommen, die viele Menschen umtreiben.“

Viele Menschen finden es richtig, dass CDU und CSU viele Asylbewerber an der Grenze abweisen wollen. Die Bischöfe sehen Grenzschließungen und Zurückweisungen dagegen kritisch. Bätzing forderte, „in einem gesunden Maß den Familiennachzug zu ermöglichen, damit Familien zusammenbleiben“. Dies beuge auch möglichen Anschlägen verrückter Einzeltäter vor, die ohne Familie nur schwer zu integrieren seien.

Auch eine Rückführung syrischer Flüchtlinge in ihre Heimat lehnen die Bischöfe zum jetzigen Zeitpunkt ab. Wie desolat die Lage in Syrien auch nach dem Sturz des Assad-Regimes ist, berichtete der Erzbischof von Homs, Jacques Mourad, der als Gast angereist war. Die Massaker an der alawitischen Minderheit bewertete er als Anzeichen für einen



Sitzungssaal der Bischofskonferenz im Kloster Steinfeld

Völkermord. Die islamistische Übergangsregierung trage die Verantwortung dafür.

Mourad war 2015 von Dschihadisten des „Islamischen Staats“ entführt und monatelang gefangen gehalten worden, bis ihm die Flucht gelang. Zu Beginn des Bürgerkriegs vor 14 Jahren lebten rund 1,5 Millionen Christen in dem Land, inzwischen nur noch 300.000. Sollte die Übergangsregierung den versprochenen Schutz von Minderheiten missachten, werde die Zahl weiter sinken, warnte der Augsburger Bischof Bertram Meier.

Angesichts der labilen Weltlage hält Militärbischof Franz-Josef Overbeck die von Union und SPD geplanten Mehrausgaben für Verteidigung für gerechtfertigt. Die Ausrüstung der Bundeswehr sei zu lange vernachlässigt worden. Der Essener Bischof plädierte für die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres, bei dem Männer wie Frauen den Wehrdienst als eine Option wählen können sollen. Dies käme auch Krankenhäusern, Altenheimen, Hospizen und Kindergärten zugute, die zu wenig Mitarbeiter haben.

„Klimaschutz ist das größte Marktversagen unserer Geschichte“

Während die Bischöfe tagten, stritten die Parteien im Bundestag darüber, ob die neuen Milliardenschulden auch für den Klimaschutz eingesetzt werden. „Der Klimaschutz ist das größte Marktversagen in unserer Menschheitsgeschichte“, sagte der Hildesheimer Bischof Heiner Wilmer. Er erinnerte an das vor zehn Jahren veröffentlichte Lehrschreiben „Laudato si“, in dem Papst Franziskus vor den dramatischen sozialen Folgen des Klimawandels gewarnt hatte.

„Heute müssen wir sagen: Wir haben nichts verstanden – im Gegenteil, wir sind zynischer geworden“, kritisierte Wilmer mit Blick auf die Weltlage. „Die Weltklimaabkommen drohen zur Farce zu verkommen.“ Das Grundanliegen von „Laudato si“ müsse auch in den Koalitionsvertrag aufgenommen werden.

*Jacques Mourad,
Erzbischof der
syrisch-katholi-
schen Kirche in
Homs (Syrien),
berichtete in Kall
von der Lage in
seinem Land.
Foto: Bernward
Loheide/KNA*



Die Bischöfe berieten mit Experten darüber, wie die Kirche zum Klimaschutz beitragen kann. Vorgestellt wurde die Broschüre „Orientierungshilfe Nachhaltigkeitsberichterstattung“, die einen Überblick liefern soll. Der Münsteraner Weihbischof Rolf Lohmann rief dazu auf, die katholische Tradition des fleischlosen Freitags wiederzuentdecken. Dies sei gut für den Körper und für das Klima. Auch wenn die Bischöfe den Menschen nicht vorschreiben wollten, wie sie zu leben haben, betonte er.

Die Grünen hatten 2013 in ihrem Wahlprogramm auf die ökologischen Schäden der Fleischproduktion hingewiesen und einen fleischlosen „Veggie Day“ für Kantinen vorgeschlagen. Sie ernteten damit einen Sturm der Entrüstung.

Etwas Ähnliches erlebten die Bischöfe, als sie drei Wochen vor der Bundestagswahl die verschärfte Migrationspolitik von CDU und CSU kritisierten. Ende Januar hatten der Leiter des Katholischen Büros in Berlin, Karl Jüsten, und die evangelische Prälatin Anne Gidion die Stellungnahme an die Abgeordneten geschickt und dabei kritisiert: Das Vorgehen der Union sei dazu geeignet, alle in Deutschland lebenden Migrantinnen zu diffamieren und Vorurteile zu schüren. Dass CDU-Fraktionschef Friedrich Merz die Hilfe der AfD bei der Abstimmung in Kauf nehme, sei nicht akzeptabel.

Zuerst distanzierten sich die beiden bayerischen Bischöfe Rudolf Voderholzer (Regensburg) und Gregor Maria Hanke (Eichstätt) vom Vorgehen der Kirchenvertreter in Berlin. Beate Gilles, Generalsekretärin der Bischofskonferenz, betonte daraufhin, die mehrheitliche Meinung im Ständigen Rat der Bischofskonferenz im Januar in Würzburg sei es gewesen, in der aktuellen Situation nicht öffentlich in den Wahlkampf einzugreifen. Insbesondere das Begleitschreiben zur Stellungnahme habe aber nun eine „erhebliche Medienresonanz“ erzeugt.

Kritik an „drastischen und überzogenen Formulierungen“

Auch in den Bundesländern stieß das Vorgehen von Jüsten und Gidion auf innerkatholische Kritik. Er halte es für „fatal, so etwas mitten im Wahlkampf zu machen, wenn die Nerven angespannt sind“, sagte der Leiter des Katholischen Büros in Bremen, Bernhard Stecker, der KNA. „Das erschwert unsere Arbeit erheblich“. Der Brief vom 10. Februar, in dem Stecker mit seinen Kollegen in Düsseldorf und München, Antonius Hamers und Matthias Belafi, Jüstens Vorgehen kritisierte, sei eine Initiative nur der Drei gewesen und nicht mit anderen Büros abgesprochen.

Der Wahlkampf hätte es erforderlich gemacht, „diese Inhalte in sachlicher Form politisch einzubringen und nicht durch ein mit drastischen und überzogenen Formulierungen zugespitztes Anschreiben in einseitiger Form Position in der öffentlichen Debatte

zu beziehen“. Mit ihrer öffentlichen Kritik hätten die Berliner Prälaten keinen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt geleistet, sondern trügen zur Polarisierung und zur weiteren Entfremdung vieler bürgerlicher Mitglieder von der Institution Kirche bei. Prälat Jüsten musste sich in Kall-Steinfeld der Kritik an seinem Vorgehen stellen. Inhaltlich entspreche die Stellungnahme zwar der Position der Bischöfe, sagt Bätzing. Das Anschreiben, das viele in Reihen der Union empörte, sei aber nicht sensibel genug formuliert worden.

Wegen der vielen politischen Themen auf der Tagesordnung kamen die Bischöfe nicht mehr dazu, wie geplant eine Bilanz zu fünf Jahren Corona zu ziehen. Welche Lehren die Kirche aus der Coronazeit ziehen kann, wird zu einem späteren Zeitpunkt erörtert.

Ein Dauerthema seit Jahren ist die Aufarbeitung des Missbrauchskandals. Trotz Kritik von Betroffenen wollen die Bischöfe an ihrem System für die Anerkennungszahlungen festhalten. Rund 20 Initiativen von Missbrauchsbedingten protestierten vor dem Kloster mit einer rund 50 Meter langen Schnur, an der Listen mit rund 88.000 Unterschriften hingen. Sie forderten von den Bistümern, bei Schmerzensgeldprozessen von Betroffenen keine Verjährung geltend zu machen. Auch dies ein steiniges Thema, zu dem der Name des Klosters passte, das eine über 900-jährige Tradition hat: Steinfeld – steiniges Feld.

Mitglieder von Betroffeneninitiativen gegen sexuelle Gewalt in der Kirche hängten entlang der Klostermauern 89.000 Unterschriften auf. Foto: Harald Oppitz/KNA





Foto: Imago/Imagebroker

Deutschland muss anpacken ...

Um das Vertrauen in den Staat und Staatsdiener ist es schlecht bestellt. Eine Staatsreform muss kommen, fordern Thomas de Maizière, Andreas Voßkuhle, Peer Steinbrück und Julia Jäkel. Auch die Caritas-Präsidentin ist beteiligt.

Von Anna Mertens

Berlin (KNA) Schnörkellos sieht er aus, der Zwischenbericht der Initiative für einen handlungsfähigen Staat: klare Schrift, klare Punkte. 30 Reformideen an der Zahl – von weniger Gesetzen über mehr Digitalisierung, gelockerten Datenschutz bis hin zu einer Dienstpflicht für alle. Erarbeitet mit rund 50 Experten – Praktiker, keine Professoren, keine aktiven Politiker und keine

Verbandsfunktionäre, wenigstens in der ersten Runde. Im Juli soll der Abschlussbericht vorgestellt werden. „Eines ist sicher“, schreiben die Autoren: „Wenn es nicht gelingt, innerhalb der nächsten vier Jahre zu zeigen, dass unser Staat handlungsfähig ist, könnte es brenzlig werden.“

Hinter der Initiative, die an der Hertie School of Governance praktisch angedockt ist und von vier Stiftungen unterstützt wird,

stehen der ehemalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und Ex-Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) sowie der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, und die Medienmanagerin Julia Jäkel. „Wir stehen für keine Interessengruppe, wir sind überparteilich und wollen etwas zurückgeben“, betont Voßkuhle. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist Schirmherr der Initiative.

Wenn der Staat als nicht handlungsfähig erscheine, wendeten sich viele Bürgerinnen und Bürger von ihm ab und politischen Randgruppen zu, mahnte Voßkuhle bei der Vorstellung des Zwischenberichts Mitte März. „Wir müssen weg von einer Misstrauenskultur hin zu einer Vertrauenskultur“, so der Verfassungsrechtler weiter. Dazu gehöre es, Bürgern an zahlreichen Stellen einen Vertrauensvorschuss zu gewähren, etwa bei Nachweispflichten. Missbrauch indes, etwa bei Steuern oder Sozialbetrug, müsse härter sanktioniert werden.

Gesetze – transparent und nachvollziehbar

Wichtig ist den Initiatoren, alle Reformen ebenso wie künftige Gesetze transparent und für den Einzelnen nachvollziehbar zu gestalten. Denn, so die Quintessenz der Initiative: Eine gute Kommunikation auf allen Ebenen entscheide über den Erfolg sämtli-



Die Initiative für einen handlungsfähigen Staat: und ihre Empfehlungen für eine Staatsreform (v.li.): Peer Steinbrück (SPD), Bundesminister a.D., Andreas Voßkuhle, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Julia Jäkel, Medienmanagerin und Aufsichtsrätin, Thomas de Maizière (CDU), Bundesminister a.D.
Foto: Imago/Jürgen Heinrich

cher Vorhaben. Erste Gespräche mit Union und SPD im Zuge der Sondierungsgespräche habe es bereits gegeben. Auch mit Vertretern der Grünen und der FDP stehe man im Austausch.

In sieben Arbeitsgruppen, darunter „Sicherheit und Resilienz“, „Soziales und Bildung“ oder „Klima“ haben die 52 Expertinnen und Experten über Reformvorhaben und deren Umsetzungen diskutiert. 54 seien angefragt worden, 52 hätten binnen 24 Stunden zugesagt, erzählt Voßkuhle mit Stolz. Die Fachleute kommen aus unterschiedlichsten Bereichen: Wissenschaft, Jurisprudenz aber auch aus der Schule, Unternehmer und Vertreter großer Verbände. So ist die Präsidentin des Deutschen Caritasverbands, Eva Welskop-Deffaa, darunter, und der

Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Christian Reuter.

Aus Sicht von Caritas-Präsidentin Welskop-Deffaa, Mitglied der Gruppe „Soziales und Bildung“, kommen die Vorschläge „just in time“; Krisenzeiten seien Aufbruchzeiten. „Wenn Gesetze gemacht werden, deren Umsetzung sich als schier unmöglich erweist, schwächt dies das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die staatliche Handlungsfähigkeit“, sagt Welskop-Deffaa der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Es sei also richtig, weniger, aber dafür bessere Gesetze zu fordern und diese auch zu überprüfen.

Für DRK-Generalsekretär Christian Reuter, dessen Expertise im Zivilschutz gefragt ist, war die

Arbeit an dem Projekt geprägt von „großer Ernsthaftigkeit, nicht minder großem Engagement und hoher Fachexpertise“. Auch habe es bei allen den Willen gegeben, zu einer positiven Veränderung des gesellschaftlichen Miteinanders beizutragen. Dabei habe es nicht nur ein Thema oder einen Schwerpunkt gegeben. Es gehe um Bedingungen, Reformen gut gelingen zu lassen. „Wir werden uns natürlich als DRK in allen für uns relevanten Themenfeldern wie Bevölkerungsschutz, Wohlfahrt und Soziales sowie humanitäre Hilfe einbringen“, so Reuter.

Welskop-Deffaa sieht im weiteren Vorgehen die größten Herausforderungen. „Ich unterstütze die Grundidee der Initiative aus vollem Herzen. Nun kommt es darauf an, dass gerade im Sozialen auch das Zusammenspiel Staat, vor allem Kommunen, und Freie Wohlfahrtspflege mitgedacht wird. Das Subsidiaritätsprinzip ist Schutzschild gegen eine Überforderung der staatlichen Akteure“, mahnt die Caritas-Präsidentin. Bedauerlich sei, dass sich die einzelnen



*Arbeitete ebenfalls in der Experten-
gruppe mit: Caritas-Chefin Eva-Maria
Welskop-Deffaa Foto: G. Welters/KNA*

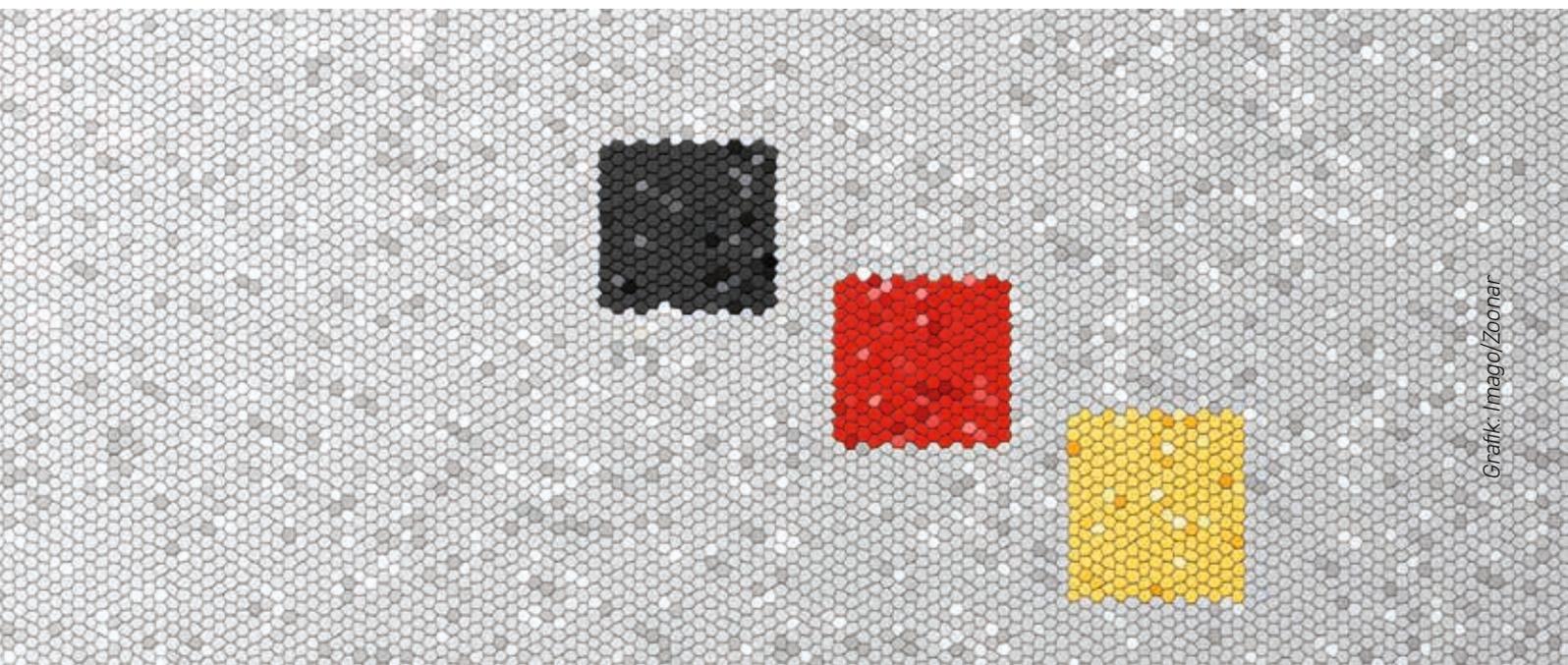
Arbeitsgruppen mangels Zeit bislang kaum ausgetauscht hätten, berichtet sie. „Aber wir haben von Anfang an vernetzt gedacht.“

Bei ihrer eigenen Arbeitsgruppe hätte sich Weiskopf-Deffaa den noch einen anderen Zuschnitt gewünscht. „Bildung und Soziales zusammenzulegen war im Nachhinein wenig zweckmäßig. Die Zuständigkeiten und Verwaltungslogiken sind zu unterschiedlich. Eine eigene Gruppe Soziales wäre besser gewesen.“ Jetzt geht es aus ihrer Sicht darum, die Themen gut in die Koalitionsver-

handlungen hineinzubringen und zugleich in die breite Gesellschaft. Denn auch für die Experten gilt: Transparenz und Akzeptanz in der Bevölkerung sind essenziell.

Der Zwischenbericht macht zum weiteren Vorgehen konkrete Vorschläge: Das Bundeskanzleramt könnte die Federführung bei Bundesthemen, etwa der Sicherheit, übernehmen. Mit Blick auf die anstehende Modernisierung der Strukturen sei das neu zu gründende Digitalministerium gefragt, und hinsichtlich der Entwirrung von Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern schlägt die Initiative eine „kleine Bund-Länder-Arbeitsgruppe“ vor. Denn auch wenn die Empfehlungen technisch schienen, sie betreffen „den Maschinenraum des Staates“ und seien folgenreich für die gesamte Politik und die Lebenswelt aller Bürgerinnen und Bürger.

[Infos und Download zum Zwischenbericht der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“](#)



Nicht vorschnell auf Einrede der Verjährung verzichten

Sollen katholische Bistümer in Prozessen wegen sexuellen Missbrauchs auf die Einrede der Verjährung verzichten? Viele fordern dies.

Vorsicht, mahnt indes der Mann, der die Debatte um Missbrauch in Deutschland ins Rollen brachte.

Von Roland Juchem

Berlin/Bonn (KNA) Das Erzbistum Köln verzichtete auf die Einrede der Verjährung – und ermöglichte damit ein Urteil des Landgerichts Köln, das seither als wegweisend gilt. Ein ehemaliger Messdiener erhielt 300.000 Euro Schmerzensgeld zugesprochen, weil er als Kind von einem Priester der Diözese sexuell missbraucht wurde. Das Gericht begründete sein Urteil unter anderem mit einer Amtshaftung der Erzdiözese für die Straftat des Priesters.

Ebenfalls konfrontiert mit solchen Schmerzensgeldklagen hat die Diözese Aachen in zwei von drei Fällen und das Bistum Hildesheim in einem Fall nicht auf die Einrede

der Verjährung verzichtet. Was zu Protesten von Betroffenenverbänden und anderen führte. Das Bistum Essen wiederum verzichtete im November 2024 auf die Einrede. Andere Bischöfe erklärten zwischenzeitlich, sie wollten eine etwaige Entscheidung vom Einzelfall abhängig machen.

Kein Blick über binnenkirchliche Perspektive

Im November fasste das Zentralkomitee der Katholiken (ZdK) einen einstimmigen Beschluss, demzufolge Bistümer und Orden grundsätzlich auf die Einrede der Verjährung verzichten sollten. Sie dürften sich nicht aus der Verantwortung stehlen. In einem Aufsatz

für die „Stimmen der Zeit“ (April-Ausgabe) kritisiert Klaus Mertes diese Festlegung als vorschnell.

„Eine ernsthafte, gar kontroverse Debatte über Sinn und Unsinn der Einrede der Verjährung scheint nicht stattgefunden zu haben“, so der Jesuit, der 2010 als Leiter des Berliner Canisius-Kollegs die Debatte über Missbrauch in der katholischen Kirche in Deutschland in Gang brachte. Leider habe das ZdK auch keinen strategischen Blick über die binnenkirchliche Perspektive hinaus geworfen.

Das Kölner Urteil mit dem Betrag von 300.000 Euro Schmerzensgeld für ein nachgewiesenes, gerichtlich geprüftes und festgestelltes Tatgeschehen hätte, so



Pressekonferenz zur „Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch in Deutschland“ im Januar 2015 in der Bundespressekonzferenz in Berlin, fünf Jahre nach Bekanntmachung des Themas durch Pater Klaus Mertes (li.). Mit dabei unter anderem: Sabine Andresen (2.v.l.), Professorin für Sozialpädagogik und Familienforschung an der Universität Frankfurt; Johannes-Wilhelm Rörig, Missbrauchsbeauftragter der Bundesregierung (3.v.l.) sowie den Betroffenen-Vertretern (v.r.n.l.) Adrian Koerfer, Anselm Kohn und Matthias Katsch. Foto: Markus Nowak/KNA

Mertes, die Wucht gehabt, eine gesellschaftliche Debatte über die Einrede der Verjährung auszulösen. Doch „Politik und Medien schwiegen und schweigen weiter zu dem Thema“. Zugleich sei das Kölner Urteil unter Juristen umstritten. Und weil das Erzbistum Köln darauf verzichtete, in Revision zu gehen, blieben Fragen offen.

Spezialrecht für Kirche wäre unangemessen

Bislang sei noch unklar, ob das Urteil die Rechtsprechung verändere und es in vergleichbaren Fällen zu ähnlichen Zahlungen komme, auch für nicht-kirchliche Institutionen. Ein Spezialrecht für die katholische Kirche wäre unangemessen und würde laut Mertes

„neue Ungerechtigkeiten schaffen“. Selbst wenn die katholische Kirche bei zivilrechtlichen Klagen grundsätzlich auf die Einrede der Verjährung verzichtete, müssten öffentliche Gerichte doch nach verallgemeinerbaren Kriterien entscheiden.

Derweil entschied die unlängst von den Bischöfen bekräftigte katholische Unabhängige Kommission für Anerkennungsleistungen (UKA) an Betroffene von Missbrauch, sich weiterhin mit Einzelfallentscheidungen am oberen Rand der weltlichen Rechtsprechung zu halten. Was sie getan hat: In mehreren Fällen verpflichtete sie inzwischen Orden und Diözesen zu Zahlungen in sechsstelliger Höhe: bis zu 300.000 Euro und darüber hinaus. Auch darin sieht Mertes eine Schwierigkeit.

Zahlungen in dieser Höhe kämen einem Schuldspruch der beschuldigten Person gleich. Dabei beruhe das UKA-Verfahren auf besonderen Kriterien von Glaubwürdigkeit: Man glaubt Betroffenen auch dann, wenn sich die Tat nach juristisch streng angewandten Kriterien nicht mehr beweisen lässt. Etwa wenn der Beschuldigte gestorben ist. Zahlungen in der genannten Höhe aber veränderten diesen Rahmen.

Vorwurf des Eigenschutzes

Mit seiner Weigerung, von vornherein auf die Einrede der Verjährung zu verzichten, stieß das Bistum Hildesheim auf erhebliche Kritik. Wieder einmal mache die Kirche deutlich, dass es ihr um Ei-

genschutz und nicht um das Wohl des Betroffenen gehe, so der Sprecher des Betroffenenbeirats bei der Deutschen Bischofskonferenz, Johannes Norpoth.

Rechte als Prozessbeteiligte wahren

Mit dem Antrag auf Abweisung der Schmerzensgeldklage von 400.000 Euro und die Einrede der Verjährung, erklärte dagegen die Diözese, wolle man seine Rechte als Prozesspartei nach der Zivilprozessordnung wahren. Zugleich vertrete man die Auffassung, dass keine Amtshaftungsansprüche bestünden, die durch den Kläger geltend gemacht werden könnten. Über diese Rechtsfragen müsse das Gericht entscheiden. Dem Hildesheimer Bischof Heiner Wilmer ging es um eine staatlich-gerichtliche Klärung.

Mertes weist darauf hin, dass die Einrede der Verjährung von Beginn der öffentlichen Debatte 2010 an präsent gewesen sei. Im

Sommer 2010 habe sich auch Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), die mit dem damaligen Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, aneinander geraten war, bereits kritisch dazu geäußert, generell auf die Einrede der Verjährung zu verzichten.

Auch bei einer Veranstaltung der Bundespressekonferenz Mitte Januar ging es laut Mertes um eine Petition „Keine Einrede der Verjährung in Schmerzensgeldprozessen“, die von Matthias Katsch (Eckiger Tisch) und Astrid Mayer (Aktionsbündnis der Betroffeneninitiativen) vorgestellt wurde. Dabei äußerte sich auch die Unabhängige Beauftragte der Bundesregierung, Kerstin Claus, kritisch zu einer auch nur vorübergehenden Aussetzung der Einrede.

Im Grunde, so Mertes' Fazit, gehöre das Thema vor den Bundestag, „um dort mit dem gleichen Ernst debattiert zu werden wie die Verjährung von Mord in den 1970er-Jahren“. Für erwägenswert hält

er Überlegungen, für die „Entschädigung von Betroffenen eine Stiftung einzurichten, entsprechend dem Vorbild der Stiftung zur Entschädigung von Zwangsarbeitern (Stiftung EVZ – Erinnerung Verantwortung Zukunft)“.

Frage des Geldes oder der Gerechtigkeit?

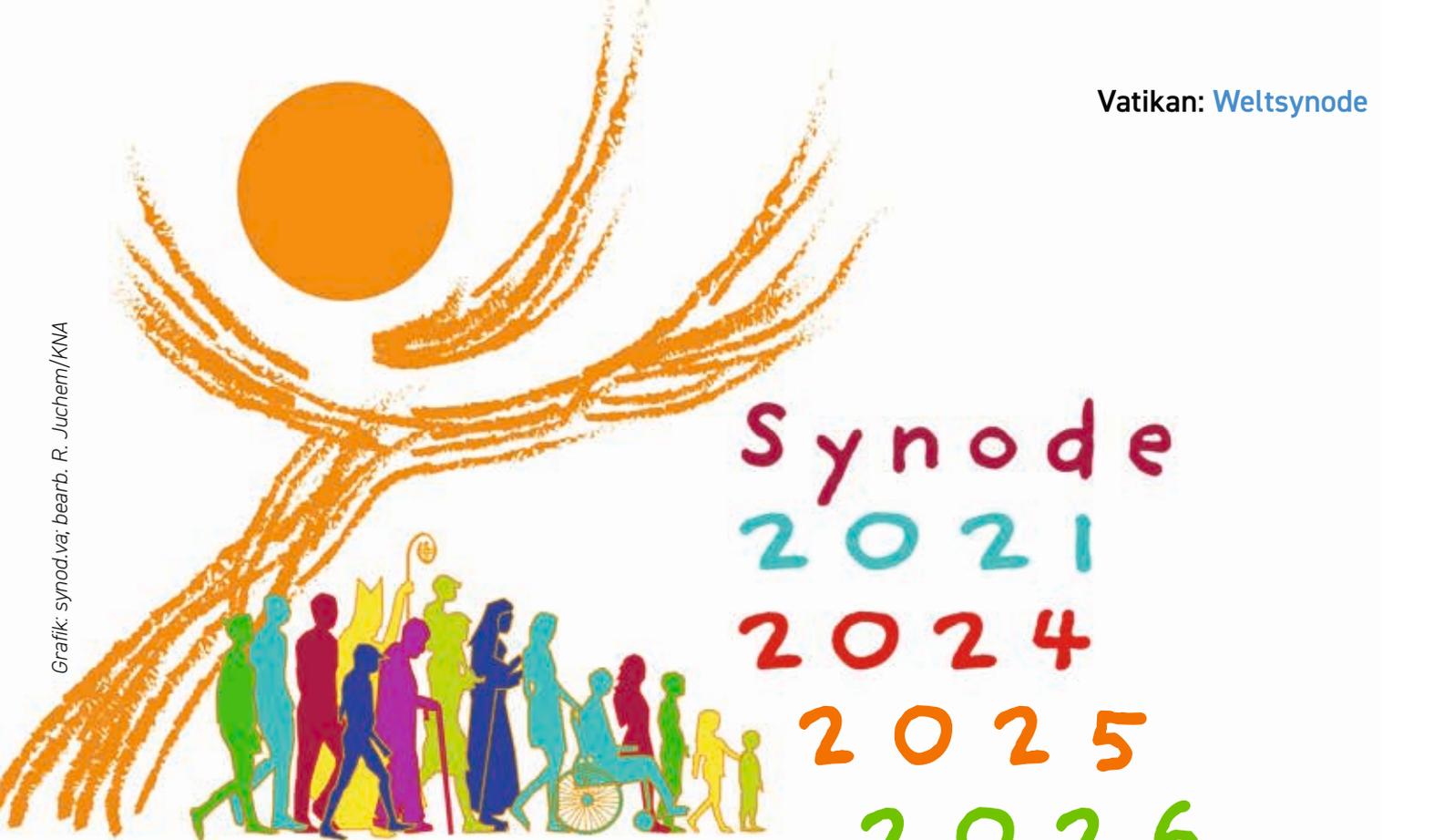
Solange jedoch solle die katholische Kirche erst einmal einheitlich regeln, „in welchen Fällen sie die Einrede der Verjährung aussetzt und in welchen Fällen nicht“. Sonst, so Mertes weiter, entstehe der Eindruck, „dass in Köln andere Kriterien gelten als in Aachen, oder schlimmer noch: dass in reichen Bistümern und Orden je nach Kassenlage andere Kriterien gelten als in armen“. Es gehe „nicht um die Frage nach Geld, sondern um die Frage nach Gerechtigkeit, und zur Gerechtigkeit gehören auch gerechte Verfahren“.



*Pater Klaus Mertes
Foto: Gordon Welters/KNA*



*Podium bei einer Gedenkveranstaltung Ende 2023 in Hildesheim mit Bischof Wilmer und Betroffenenvertretern.
Foto: Michael Althaus/KNA*



Synode? Da geht noch was!

Als „der Unvollendete“ wurde Papst Franziskus unlängst in einem Buch titulierte. Dass er seine Reformprojekte für die Kirche noch lange weitertragen will, macht er nun mit einem ungewöhnlichen Manöver deutlich.

Von Ludwig Ring-Eifel

Vatikanstadt (KNA) Von einem „Paukenschlag aus der Gemelli-Klinik“ ist im Vatikan die Rede: Mit einem vom Papst offenbar genehmigten Brief an alle Bischöfe weltweit hat Kardinal Mario Grech die Verlängerung der Reform-Agenda der Weltsynode von 2023/2024 angekündigt. Erst im Oktober 2028 soll dann eine Art Generalversammlung der katholischen Kirche (italienisch: Assemblea Ecclesiale) das Projekt zu einem Abschluss bringen.

Bis dahin sollen in einer gut dreijährigen „Umsetzungsphase“ die Mitbestimmungs-Mechanismen, die von der Weltsynode beschlossen wurden, konkretisiert werden. Aber auch die inhaltlichen und kirchenrechtlichen Reformen, die der Papst zehn Studiengruppen anvertraut hatte, sollen weitergehen. Dazu gehören so unterschiedliche Streitfragen wie die Einrichtung eines Frauendiakonats, die Öffnung der katholischen Kirche für polygame Familienstrukturen in Afrika oder Mitwirkung bei der Bischofssuche.

Kardinal Grech, der das Synodensekretariat in Rom leitet, ist damit zu einer Schlüsselfigur für die Fortsetzung der Franziskus-Reformagenda in der Spätphase des Pontifikats geworden – und wahrscheinlich auch darüber hinaus. Denn mit der Ankündigung der kirchlichen Generalversammlung im Oktober 2028 hat er etwas in Gang gesetzt, das nicht – wie eine normale Versammlung der weltweiten Bischofssynode – mit dem Ende des Franziskus-Pontifikats laut Kirchenrecht automatisch erlöschen muss.

Novum: eine katholische „Kirchenversammlung“

Vielmehr ist die „Assemblea Ecclesiale“, wie Grech in einem „Interview“ des Dikasteriums für Kommunikation erläuterte, ein Novum in der Kirchengeschichte. Ihr rechtlicher Rahmen ist ebenso

unbestimmt wie die Zusammensetzung. Allerdings wolle man – soviel verriet er – auf die bereits in der Vorphase der Weltsynode auf kontinentaler Ebene gemachten Erfahrungen der Jahre 2022 und 2023 zurückgreifen. Damals waren neben Bischöfen und Geistlichen auch Laien und nicht geweihte Experten mit Stimmrecht vertreten, die Debatten waren streckenweise lebhaft.

Langer Weg: Bistümer, Länder, Kontinente

Der Weg bis zur kirchlichen Generalversammlung im Oktober 2028 ist lang und kompliziert. Im Mai will das Synodensekretariat ein Papier mit Anleitungen für die Umsetzungsphase der Weltsynode veröffentlichen. Diese Phase soll dann „in den Ortskirchen“ eineinhalb Jahre dauern und im Dezember 2026 enden. Bis Mitte

2027 sollen diese Erfahrungen in den Bistümern ausgewertet werden, in der zweiten Jahreshälfte 2027 erfolgt die Auswertung auf Ebene der Bischofskonferenzen.

Auf Ebene der Erdteile sind dann 2028 abermals kontinentale Versammlungen abzuhalten. Und erst deren Ergebnisse sollen dann im Juni 2028 in ein Arbeitspapier (Instrumentum laboris) für die kirchliche Generalversammlung im Oktober 2028 münden.

Das Synodensekretariat soll den gesamten Prozess „begleiten und unterstützen“. Da es nicht zur Römischen Kurie gehört, wird es (unter Leitung von Kardinal Grech) auch im Fall eines Todes oder Amtsverzichts von Papst Franziskus weiter im Amt bleiben – während die Kurienspitzen vom Staatssekretär bis zu Glaubenspräfekten ihr Amt bei einem Pontifikatswechsel erst einmal verlieren.

Sichtliches Bemühen um Legitimierung

Die Rechtsgrundlage seiner Ermächtigung scheint dabei auf etwas wackligen Füßen zu stehen. Zwar schreibt Grech in seinem Brief an alle Bischöfe und Patriarchen der katholischen Weltkirche, der Papst habe am 11. März (das heißt, in seiner vierten Klinikwoche) dem „Start der Begleitung und der Evaluierung der Umsetzungsphase der Weltsynode durch das Synodensekretariat



Im Oktober 2021 eröffneten Franziskus und Kardinal Grech die Weltsynode. Grech soll den Prozess nun fortführen Foto: Vatican Media/RS/KNA

definitiv zugestimmt“. Aber für einen zeitlich und kirchenrechtlich so weitreichenden Beschluss erscheint dieser Satz als eher dünne Basis.

Die Tatsache, dass das Vorhaben im Text des päpstlichen Angelusgebets vom 16. März ausdrücklich erwähnt wird, spricht dafür, dass man sich um zusätzliche Legitimität für das Projekt bemüht. Vorsichtshalber hat Grech das Ganze in seiner Tragweite denn auch etwas niedriger zu hängen versucht, indem er schreibt: „Vorerst wird daher keine neue Synode ausge-

rufen, sondern man entscheidet sich für einen Prozess der Konsolidierung des bereits Erreichten.“

Weniger Autorität als eine Synode

Daraus ließe ich ableiten, dass die „Assemblea Ecclesiale“ im Oktober 2028 nicht mehr, sondern weniger kirchenrechtliche Autorität hat als eine Synode. Doch gleichzeitig betont Grech, dass es in der nun kommenden Phase der Umsetzung nicht bloß um eine „Anwendung“ der bisherigen Synodenbeschlüsse gehe, sondern um einen aktiven Rezeptions- und Anpassungsprozess gemäß den jeweiligen kulturellen Bedürfnissen der „unterschiedlichen kirchlichen Kontexte“. Damit wird, wie zuvor

schon bei den Themen Homosexualität und Polygamie, abermals die Möglichkeit unterschiedlicher kultureller Ausprägungen des Katholischen auch in wesentlichen Fragen eröffnet.

Der ekklesiologische und kirchenrechtliche Übergang von der klassischen Bischofssynode zu einem neuen Beratungsgremium der katholischen Weltkirche mit einem großen Anteil von Laien und starker Regionalisierung schien auch Grech selbst zunächst etwas kühn zu sein. Jedenfalls bittet er die angeschriebenen Bischöfe in seinem Brief, das Ganze vertraulich zu behandeln, bis im Mai die konkreten Anleitungen veröffentlicht werden. Warum diese Vertraulichkeit dann jedoch aufgegeben wurde, teilte er nicht mit. Die

Welche Form von Kirchenversammlung schwebt Franziskus vor: ähnlich der Synodenversammlung 2024 im Vatikan oder anders?

Foto: Alessia Giuliani/ CPP/KNA





Auch kontinentale Synodenversammlungen wie jene im Februar 2023 in Prag sollen den Synodalen Prozess der katholischen Kirche fortführen.
Foto: Björn Steinz/KNA

Furcht vor einem Ableben oder einem Amtsverzicht des Papstes könnte ihn veranlasst haben, die „Flucht nach vorne“ anzutreten und mit der Veröffentlichung Fakten zu schaffen, hinter die es dann so leicht kein Zurück mehr gibt.

Beteiligung von Laien drastisch erweitert

Das nun offenbar eilig veröffentlichte Schreiben gibt einen interessanten Einblick in die Herleitung und kreative Fortentwicklung der neuen Beratungsprozesse und -gremien der katholischen Weltkirche: 2018 schuf Papst Franziskus mit der Apostolischen Konstitution „Episcopalis communio“ (EC) die kirchenrechtliche Grundlage. EC weitete das 1965 von Paul VI. geschaffene

Instrument der Bischofssynode aus und veränderte den Zugschnitt.

In diesem Text, der als die Magna Carta für die neuartigen Synoden in der katholischen Kirche gelten kann, erweitert der Papst die Möglichkeit der Beteiligung von Laien drastisch. Sie durften zuvor nur als Experten die Bischöfe beraten. In den Synodenversammlungen von 2023 und 2024 waren dann plötzlich so viele Nichtgeweihte mit Stimmrecht vertreten, dass konservative Kritiker besorgt fragten, ob man es überhaupt noch mit einer „Bischofssynode“ zu tun habe.

Gleichzeitig sprach EC bereits von einer Umsetzungsphase, für die das Synodensekretariat künftig zuständig sei. Diese Zuständigkeit des Sekretariats betreffe „auch die anderen Fragen, die der Papst ihm zum Wohl der universalen Kirche unterbreitet“.

Offenbar gehört die Schaffung und die Vorbereitung der nun überraschend angekündigten „Assemblea Ecclesiale“ mit dazu. In ihrer Zusammensetzung wird sie sich von der 2023/2024 erstmals praktizierten Form einer „gemischten“ Bischofssynode dadurch unterscheiden, dass in ihr noch sichtbarer „das gesamte Volk Gottes“ vertreten sein soll. Ob diese Art der kirchlichen Generalversammlung künftig an die Stelle der Bischofssynode treten oder diese lediglich ergänzen soll, ist bislang völlig offen.



Kardinal Grech soll Franziskus' synodales Vermächtnis weiterführen.
Foto: Alessia Giuliani/CPP/KNA

Der Weg zur Kirchenversammlung 2028

Mai 2025: Synodensekretariat veröffentlicht Anleitungen für die Umsetzungsphase der Welt-synode

bis Dezember 2026: Umsetzungsphase in den Ortskirchen

bis Mitte 2027: Auswertung in den Bistümern weltweit

bis Ende 2027: Auswertung durch die Bischofskonferenzen

erste Hälfte 2028: kontinentale Versammlungen

Juni 2028: Arbeitspapier (Instrumentum laboris) für Generalversammlung

Oktober 2028: Generalversammlung im Vatikan

9EkieraM1/ CC BY-SA 3.0



Frank Busemann (59), ARD-Sportexperte, und die Geschwister **Marian und Tabea Mewes** mit ihrem Instagram-Kanal #notjustdown werden mit dem Medienpreis „Bobby“ der Lebenshilfe für Engagement für Menschen mit Behinderung ausgezeichnet. Die Auszeichnung soll am 14. November in Berlin verliehen werden.

Mirjam Bolle, Zeitzeugin des Holocausts und letzte Überlebende des Amsterdamer „Judenrates“, wird am 20. März 108 Jahre alt. Sie lebt seit 1944 in Israel und gilt als die älteste Überlebende des Holocausts. Die Jewish Claims Conference schätzt die Zahl der Überlebenden derzeit auf 220.000 weltweit.

Foto: NoJin/ CCBY 4.0



Judith Hermann (54), Schriftstellerin, wird mit der Grimm-Poetikprofessur der Universität Kassel ausgezeichnet. Sie hält dazu Ende Juni drei Vorlesungen und Seminare. Hermann sei eine der wichtigsten Stimmen der Gegenwartsliteratur, betonte die Hochschule.

Dmitri N. Smimov/ CC BY 2.5



Sofia Gubaidulina, russische Komponistin, ist am 13. März im Alter von 93 Jahren in Hamburg gestorben. Sie lebte seit 1992 in Hamburg. Ihre Werke kreisen vielfach um ihren Glauben, seit sie sich 1970 hat russisch-orthodox taufen lassen. Sie zählte zu den wenigen Komponistinnen, deren Werke vielfach gespielt wurden. Für diese ist sie mit Preisen wie dem schwedischen Polar Music Prize und dem japanischen Praemium Imperiale ausgezeichnet worden, in Deutschland erhielt sie das Bundesverdienstkreuz.

Foto: wortmeldungen.org



Josefina Soppa (36), Berliner Autorin, hat den Wortmeldungen-Literaturpreis 2025 gewonnen. Sie wird für ihren Essay „Klick Klack, der Bergfrau erwacht“ ausgezeichnet, der sich mit Sprachverlust Krankheit und KI

auseinandersetzt. Der mit 35.000 Euro dotierte Preis wird Soppa am 13. Juni in Frankfurt verliehen. Hinter der Auszeichnung für literarische Kurztexte steht die Ulrike Crespo Stiftung.

Archimandrit Iliy, einer der angesehensten und verehrtesten Ältesten der Russischen Orthodoxen Kirche, ist am 15. März im Alter von 94 Jahren gestorben. Er galt als der geistliche Vater des Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche Kyrill und der Brüdergemeinschaft des Optina-Klosters.

Artur Andrzej/ CC BY-SA 4.0



Zbigniew Zielinski (60) ist vom Papst zum neuen Erzbischof von Poznan (Posen) im Westen Polens ernannt worden. Zielinski war bislang Bischof von Koszalin-Kolobrzeg (Köslin-Kolberg) in Pommern. Gleichzeitig nahm Papst Franziskus den Rücktritt des bisherigen Metropolitan-Erzbischofs **Stanislaw Gadecki** (75) an.

Claus von Wagner, Georg Ringswandel, Lara Ermer und die „Toxische Pommes“ erhalten den diesjährigen Bayerischen Kabarettpreis. Der Hauptpreisträger Claus von Wagner sorge in einer Welt voller Abgründe mit seinem

klugen, weitsichtigen und erhellenden Humor dafür, dass man den schwankenden Boden unter den Füßen nicht verliere, informierte der Bayerische Rundfunk (BR) über die Jury-Entscheidung. Die Preisverleihung soll am 27. Oktober im Münchner Lustspielhaus stattfinden.

Dagmar Schmidt, Künstlerin, wurde als Vizepräsidentin des Deutschen Kunstrates wiedergewählt. Neuer Vizepräsident ist der Archäologe **Manfred Nawroth** vom Rat für Baukultur und Denkmalkultur. Er folgt auf **Boris Kochan**, der seit 2019 Vizepräsident war und nach zwei Amtszeiten nicht wieder kandidieren konnte.



Udo Grimberg/ CC BY-SA3.0

Peggy Parnass, Hamburger Autorin, NS-Überlebende und Aktivistin, ist am 12. März im Alter von 97 Jahren in Hamburg gestorben. Zusammen mit ihrem Bruder wurde sie 1939 mit einem Kindertransport nach Stockholm gebracht, wo sie in Pflegefamilien lebte. Kurz vor Kriegsende kam sie nach London zu einem Verwandten. Ihre Eltern wurden im Vernichtungslager Treblinka von den Nationalsozialisten ermordet. Parnass arbeitete als Schauspielerin und schrieb Gerichtsrepor-

tagen in der Zeitschrift „konkret“ vor allem über sozial Benachteiligte. Sie war unter anderem Ehrenmitglied der Schriftstellervereinigung PEN und Trägerin des Bundesverdienstkreuzes.

Marlen Hobrack, Leipziger Autorin, und **Enrique Winter**, chilenischer Schriftsteller, erhalten den diesjährigen Anna Seghers-Preis. Die Preisverleihung findet am 7. Juni in der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz statt.



Foto: Julia Steinbrecht/ KNA

Jochen Sautermeister (47), Bonner Moraltheologe, ist neues Mitglied des Deutschen Ethikrats. Er folgt auf den Physiker Armin Grunwald, dessen Amtszeit turnusgemäß am 13. Februar abgelaufen ist. Die Bundesregierung hatte Sautermeister benannt, Bundestagspräsidentin Bärbel Bas ihn zum 1. März berufen.

Christian Höppner, Cellist, bleibt Präsident des Deutschen Kulturrates. Er wurde vom Sprecherrat für die Amtszeit 2025 bis 2028 einstimmig wiedergewählt. Höppner ist seit 2022 ehrenamtlicher Präsident des Dachverbands und hatte das Amt zuvor bereits von 2013 bis 2019 inne.



Jüdisches Museum Frankfurt

Mirjam Wenzel, Direktorin des Jüdischen Museums Frankfurt, erhält den Hessischen Kulturpreis. Wenzel wird für ihren Kampf gegen Diskriminierung und Antisemitismus ausgezeichnet. Wenzel ist promovierte Philologin und seit 2016 Direktorin des Jüdischen Museums Frankfurt. Die Preisverleihung ist am 24. April in Frankfurt geplant.

Bernd Schlottorf, evangelischer Pfarrer, ist am 12. März im Alter von 86 Jahren gestorben. Schlottorf war von 1965 bis 1987 Pfarrer der Kirchengemeinde Hols-terhausen (seit 1975 ein Stadtteil von Herne) und betätigte sich auch als Autor. 2011 erschien sein Buch „Ein Traum von Gemeinde – Mut zum missionarischen Gemeindeaufbau“. Schlottorf war auch Liedtexter und Mitherausgeber des Liederbuchs „Songs junger Christen“.



Am Montag demonstrierten Menschen in Manila für eine Verurteilung des früheren philippinischen Präsidenten Duterte durch den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Foto: Imago/Zuma Press Wire

Politdrama auf den Philippinen

Als Präsident regierte Rodrigo Duterte die Philippinen mit eiserner Hand. Besonders umstritten: sein Kampf gegen Drogen. Vergangene Woche wurde er festgenommen und nach Den Haag ausgeliefert. In Manila führte das zu Turbulenzen im Wahlkampf und einem Ringen zwischen Politiker-Clans.

Von Michael Lenz

Manila/Den Haag/Bangkok (KNA)
Am 11. März wurde Rodrigo Duterte nach seiner Rückkehr aus Hongkong am Flughafen Manila von philippinischen Behörden festgenommen. Der Grund ist ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH);

nur einen Tag später wurde der Ex-Präsident an den IStGH in Den Haag überstellt. Nach einer ersten kurzen Anhörung wurde Duterte dann in das Haftzentrum des IStGH in Scheveningen eingeliefert.

Nach amtlichen Angaben wurden während der sechsjährigen Amts-

zeit Dutertes zwischen 2016 bis 2022 in den Armenvierteln der Städte mehr als 6.400 angebliche Drogenkriminelle von der Polizei erschossen. Weltliche und kirchliche Bürgerrechtler gehen von bis zu 30.000 Morden aus. Bei der katholischen Kirche, Menschenrechtsorganisationen und den Familien der Opfer stößt die Fest-

nahme Duterte daher auf breite Zustimmung.

Für Bischof Jose Colin Bagaforo, Chef der Caritas der Philippinen, ist Dutertes Verhaftung ein entscheidender Schritt hin zur Gerechtigkeit für die Opfer. „Wahre Gerechtigkeit ... bedeutet Verantwortlichkeit, Transparenz und den Schutz der Menschenwürde“, betonte Bagaforo. Der Bischof forderte Duterte auf, zu seinen früheren Erklärungen zu stehen, die Konsequenzen seines Handelns tragen zu wollen: „Jetzt ist es an der Zeit, dass er es beweist.“ Im vergangenen Jahr hatte Duterte vor einem Untersuchungsausschuss des Parlaments und jetzt nochmals in einer Videobotschaft auf dem Flug nach Den Haag erklärt, verantwortlich für den Drogenkrieg gewesen zu sein.

Verhaftung ist eine Sensation

Dutertes Verhaftung ist eine Sensation. Als Präsident hatte er die Mitgliedschaft der Philippinen im IStGH aufgekündigt, nachdem dieser Ermittlungen gegen ihn eingeleitet hatte. Auch sein Amtsnachfolger Ferdinand Marcos Jr. hatte ein über das andere Mal versichert, niemals mit dem IStGH zusammenzuarbeiten. Nach der Festnahme seines Vorgängers jedoch erklärte Marcos Jr.: „Interpol hat um Hilfe gebeten und wir sind dieser Bitte nachgekommen, weil wir Verpflichtungen gegenüber Interpol haben.“ Die

Philippinen sind allerdings auch dem Strafgerichtshof verpflichtet; dieser hat auch nach dem Austritt eines Landes das Recht zu Anklagen mutmaßlicher Verbrechen, die während der Mitgliedschaft eines Landes begangen wurden.

Juan Ponce Enrile, ranghöchster Rechtsberater von Marcos Jr., hat der Festnahme von Duterte offenbar zugestimmt. „In unserem Gesellschaftssystem haben selbst Kriminelle Anspruch auf ein faires Verfahren“, schrieb Enrile auf Facebook. Es sei aber fraglich, ob den Opfern des Drogenkriegs die Rechte der Unschuldsvermutung und fairer Verfahren zugestanden worden sei, bevor sie „hingerichtet“ worden seien.

Die Tatsache, das der 101 Jahre alte Enrile rechtsstaatliche Prinzipien betont, entbehrt indes nicht einer historischen Ironie. Als Verteidigungs- und Justizmi-

nister unter Diktator Ferdinand Marcos Sr., Vater des heutigen Präsidenten, war Enrile der Architekt des damaligen Kriegsrechts. Das wieder als Grundlage diente für die Verhaftung, Folter und Ermordung tausender Kritiker der Marcos-Diktatur. Allerdings spielte Enrile auch eine Schlüsselrolle beim Sturz des Marcos-Regimes im Februar 1986.

Dutertes Unterstützer außer sich vor Wut

Dutertes Unterstützer hingegen sind außer sich vor Wut. Senator Ronald Dela Rosa fühlt sich von Marcos Jr. betrogen. Ihm sei die Aussage des Präsidenten, er werde niemals mit dem IStGH kooperieren, sehr gut in Erinnerung, klagte Dela Rosa gegenüber philippinischen Medien. Unter Duterte war Dela Rosa als Polizeichef der Philippinen zuständig für die



Am Sonntag demonstrierten Anhänger Dutertes gegen dessen Überstellung und forderten seine Rückkehr. Foto: Imago/Sopa Images

Ausführung des Drogenkriegs. Er könnte daher der nächste Adressat eines Haftbefehls des IStGH sein. Vizepräsidentin Sara Duterte verurteilte die Verhaftung ihres Vaters als „Angriff auf die philippinische Souveränität“ und „vom Staat sanktionierte Entführung“.

Höhepunkt eines Machtkampfes

Der Fall Duterte ist ein innenpolitisches Politikum erster Güte, erfolgte die Festnahme doch in der heißen Phase des Wahlkampfes. Am 12. Mai werden das Repräsentantenhaus und die Hälfte des Senats gewählt. Der Wahlkampf ist Höhepunkt des Machtkampfes zwischen den Politdynastien der Marcoses und Dutertes. Bei der Präsidenten- und Vizepräsidentenwahl vor drei Jahren waren sie noch ein Herz und eine Seele.

Inzwischen aber sind die Gräben zwischen beiden unüberbrückbar. Das Repräsentantenhaus hatte erst im Februar Sara Duterte ihres Amtes als Vizepräsidentin enthoben und der Senat will seine Beratung über ihre Amtsenthebung unbeirrt von der Festnahme des Vaters fortsetzen. Bei der Wahl geht es auch um die Weichenstellung für die Präsidentenwahl in drei Jahren und Sara Dutertes Ambitionen, Nachfolgerin von Marcos Jr. zu werden.

Seit der Verhaftung Dutertes rollt in den sozialen Medien eine Welle von Hass und Drohungen gegen Familien der Opfer und Zeugen der Morde im Drogenkrieg. „Es gibt einen dramatischen Anstieg von Hassreden, Bedrohungen und Belästigungen, besonders gegen Frauen, die sich zum Mord an ihren Angehörigen geäußert haben“, sagte Diakonin

Rubylita Litao, Koordinatorin der ökumenischen Organisation „Rise Up for Life and for Rights“.

Opfer des Drogenkriegs fürchten Rache

Das sei „ein unwiderlegbarer Beweis“, so Litao, „dass die von Duterte geförderte Kultur des Hasses und der Gewalt noch immer eine Bedrohung für Opfer darstellen, die es wagen, ihre Meinung zu äußern oder auszusagen.“ Den IStGH forderte „Rise Up“ auf, Duterte eine vorläufige Freilassung bis zur ersten Anhörung im September zu verweigern. Litao: „Ihm muss die Rückkehr auf die Philippinen untersagt werden. Sein Hang zur Rache ist stark ausgeprägt.“



2018 demonstrierten Menschen in Manila gegen die Politik von Dutertes.

Foto: Michael Lenz/KNA



Abkommen, an die sich niemand hält

Havanna und Washington versuchten in der jüngeren Geschichte mehrfach Annäherungen, auch vermittelt durch den Vatikan. Doch die ausgehandelten Vereinbarungen wurden oft nicht eingehalten.



Von Tobias Käufer

Havanna/Washington (KNA) Barack Obama versuchte es, auch Joe Biden: In den letzten Tagen ihrer Amtszeiten trafen die US-Präsidenten weitreichende Entscheidungen für das Binnenverhältnis mit dem politischen Intimfeind Kuba. Obama änderte im Januar 2017 zum Entsetzen der kubanischen Migranten noch schnell das Asylrecht, Biden nahm Kuba von der Liste der Staaten, die nach Einschätzung der USA den weltweiten Terror unterstützten.

Im Hintergrund wirkte der Papst als Vermittler

Das Ziel dieser symbolischen Entscheidungen: Die Beziehungen zwischen Washington und Havanna zu verbessern. Doch beide Abkommen scheiterten letztendlich inhaltlich, weil sich weder die USA

noch Kuba entscheidend bewegten.

Bei beiden Entwicklungen hatte Papst Franziskus im Hintergrund als Vermittler gewirkt – und gehofft, die historischen ideologischen Gegner auf einen Versöhnungspfad führen zu können. Über den damaligen Erzbischof von Havanna, Jaime Ortega, stellte der Argentinier in Barack Obamas zweiter Amtszeit (2013–2017) die Weichen für ein diplomatisches Tauwetter zwischen dem kapitalistischen und dem kommunistischen Staat, das weltweit mit Interesse verfolgt wurde.

Beide Seiten einigten sich damals auf einen „Deal“, der vorsah: Lockerung der wirtschaftlichen Sanktionen der USA im Gegenzug für demokratische Öffnung in Kuba. „Es hat nicht funktioniert“, begründete Obama damals in einer Rede die Lockerung der

Sanktionen, die die kubanische Führung in die Knie zwingen sollte. Als Obama durch Havanna spazierte, schien für ein kurzes Zeitfenster tatsächlich eine Annäherung denkbar.

Etwas Privatwirtschaft, aber keine Demokratie

Tatsächlich sorgte die Reduzierung des Handelsembargos insbesondere im touristischen Sektor für einen Aufschwung auf Kuba. Doch die Regierung in Havanna traute sich im Gegenzug, nur leichtere privatwirtschaftliche Öffnungen zu wagen, aber nicht mehr Demokratie. Kuba blieb Schlusslicht im Pressefreiheits-Ranking der Reporter ohne Grenzen. Als Donald Trump 2017 seine erste Präsidentschaft begann, war es um das Tauwetter geschehen. Es folgte eine Rückkehr zur harten Sanktionspolitik.



Papst Franziskus und Kubas Staatspräsident Miguel Diaz-Canel 2023 im Vatikan

Foto: Vatican Media/RS/KNA

Als Joe Biden 2021 seine Amtszeit begann, wurde er mit den historischen Sozialprotesten auf Kuba konfrontiert. Tausende demonstrierten gegen die katastrophale Versorgungslage und staatliche Repression. Die Demokraten im Weißen Haus beobachteten genau, wie sich Präsident Miguel Diaz Canel verhalten würde. Havanna reagierte knallhart: Demonstranten, darunter auch Kinder und Jugendliche, wurden zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt.

Besonders aggressiv ging das Ein-Parteien-Regime gegen die Kunstszene vor. Die Autoren eines millionenfach abgerufenen Protestsongs sitzen bis heute hinter Gittern – trotz Grammy-Gewinn in den USA. Rund zehn Prozent der Bevölkerung sollen seitdem das Land fluchtartig verlassen haben. Biden blieb nichts anders übrig, als auf einen zweiten Annäherungsversuch zunächst zu verzichten.

Als der Papst ein zweites Mal eingriff

Genau diese Entwicklung führte dann dazu, dass Papst Franziskus ein zweites Mal eingriff. In den letzten Tagen seiner Amtszeit nahm Joe Biden auf Vermittlung des Vatikans Kuba von der Liste der Terror-Unterstützerstaaten, Havanna sagte im Gegenzug zu, über 553 Gefangene freizulassen. Kaum war Donald Trump im Amt, nahm er auch diese Biden-Entscheidung zurück und setzte

Kuba zurück auf die schwarze Liste. Und wieder gibt es sehr unterschiedliche Wahrnehmungen über die abgeschlossenen Abkommen.

Der Gefangenen-Deal war gar kein richtiger

„Die Vereinigten Staaten waren nicht an den Vereinbarungen beteiligt, die das kubanische Regime mit dem Vatikan getroffen hat“, hieß es bei „Radio Marti“ vor wenigen Tagen von einem Beamten des Außenministeriums. Dem Ministerium steht ausgerechnet ein Sohn kubanischer Einwanderer vor: Marco Rubio. Kritik gibt es auch an der kubanischen Haltung. Die Nichtregierungsorganisation „Prisoners Defenders“, die sich für die Rechte in Kuba inhaftierter politischer Gefangener einsetzt, wirft Havanna sogar Betrug vor.

Keiner von den politischen Gefangenen sei tatsächlich freigelassen worden, heißt es in einer Stellungnahme: „230 politische Gefangene wurden unter den drakonischen Auflagen eines ‚Gefängnis-Hausarrest-Regimes‘ aus der Haft entlassen. 323 der 553 Entlassenen sind gewöhnliche Straftäter, die das Regime als politische Gefangene ausgeben wollte.“

Wie es nun zwischen den beiden Staaten weitergehen soll, weiß niemand. Die Exil-Kubaner in der Hochburg Florida hatten große Hoffnungen in Marco Rubio gesetzt, doch nun kommen

*Barack Obama gelang eine zeitweise Annäherung, doch Havanna traute sich nicht weiter.
Foto: White House*



*Joe Biden wollte entgegenkommender sein, konnte aber nicht.
Foto: White House*



*Donald Trump nahm Vereinbarungen zurück oder bestritt deren Existenz.
Foto: White House*



Meldungen aus Washington, die USA plane eine generelle Einreisesperre für Kubaner. Exilkubanischen Organisationen werden die Mittel gekürzt. Eine tatsächliche Strategie ist nicht erkennbar. Republikanische Regionalpolitiker versuchen, ihre eigene Regierung zu beeinflussen. Die kubanisch-stämmige Kongress-Abgeordnete Maria Elvira Salazar will auf Trump einwirken. Auch aus eigenem Interesse: An der exilkubanischen Wahlbasis in Florida brodelt es. Vielleicht kann ja die Kirche wieder helfen.

Terrorangst in Deutschland – Terrorgefahr im Sahel

Weltweit gab es im Jahr 2024 weniger Tote durch Terroranschläge als im Vorjahr. Doch mehr Länder sind inzwischen vom Terror betroffen: Weltweit waren es 66. Gerade in Westafrika sind die Folgen verheerend.

Von Katrin Gänslar

Bonn (KNA) Solingen, Magdeburg und München: In den vergangenen Monaten haben tödliche Angriffe mit Messern und Autofahrten in Menschenmengen Deutschland erschüttert. Mitunter ist sogar von einer Anschlagserie die Rede. Zumindest teilweise hatten die Täter Kontakte zu extremen Gruppierungen. Es scheint, als sei der Terrorismus auf dem Vormarsch. Im gerade veröffentlichten Globalen Terrorismus Index – die australische Denkfabrik Institute for Economics and Peace erstellt diesen jährlich seit 2000 – ist Deutschland tatsächlich um 13 Plätze nach oben geklettert.

Während das Nachbarland Frankreich, wo es in der Vergangenheit beispielsweise mit den tödlichen Angriff auf drei Kirchgänger im Jahr 2020 in Nizza regelmäßig Anschläge gab, Platz 40 belegt, steht Deutschland auf Platz 27. Mit Ausnahme von Russland, das zu kleineren Teilen auf dem europäischen Kontinent liegt, liegt damit kein europäisches Land weiter vorne. Insgesamt starben vergangenes Jahr zehn Menschen, sechs davon in Magdeburg, so die Analyse.

Die Furcht vor weiteren Anschlägen hat längst die Gesellschaft erreicht. Laut einer Studie der R+V Versicherung hatte im Jahr 2024 knapp jeder Zweite (46 Prozent)

Angst vor politischem Extremismus, ein Anstieg um 8 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr. In keinem anderen Bereich war die Zunahme so hoch. Dabei war die Angst vor islamistischem Extremismus mit 48 Prozent am höchsten.

Ein Fünftel aller Terroranschläge im Sahel

Dabei sind andere Regionen der Welt um ein Vielfaches stärker von Terrorismus betroffen, allen voran die Sahelzone in Westafrika. 19 Prozent aller gezählten Anschläge ereigneten sich dort. Fünf der zehn am stärksten betroffenen Länder liegen dort.

Doch während etwa Anschläge im Nahen Osten oder in Pakistan durchaus in Europa wahrgenommen werden, geschehen jene in Burkina Faso meist völlig unbemerkt von der internationalen Öffentlichkeit. Der Binnenstaat mit 23 Millionen Einwohnern, in dem seit 2022 Militärs an der Macht sind, führt das Ranking an – wie schon im vergangenen Jahr. Zum Vergleich: 2014 belegte Burkina Faso noch Platz 110.

2024 starben alleine Ende August in der Stadt Barsalogo – sie liegt gut 100 Kilometer nördlich der Hauptstadt Ouagadougou – mindestens 200 Zivilisten. Die terroristische „Gruppe für die Unterstützung des Islams und der Muslime“ (JNIM), die Verbindungen zu Al-Kaida hat, übernahm die Verantwortung. JNIM entstand 2017 im Nachbarland Mali und ist ein Zusammenschluss aus mehreren Gruppen.



Grafik: Imago/Panthermedia

Atacora im Norden des Landes zu 131 Angriffen auf Zivilisten durch nichtstaatliche und nicht näher identifizierte bewaffnete Gruppen. Zwei Jahre zuvor waren es noch 52.

Im Globalen Terrorismus Index wird sie als „zweittödlichste Terrorgruppe weltweit“ bezeichnet. 2024 gab es bei 146 Anschlägen mindestens 1.454 Todesopfer. Was anfangs als regionales „Sahel-Problem“ abgetan wurde, hat längst westafrikanische Küstenstaaten erfasst, darunter Benin.

Oft fehlt es an verlässlichen Daten

Nach Informationen von ACLED – die Organisation mit Sitz in den USA zählt weltweit Angriffe und Terroranschläge – kam es alleine in den Departements Alibori und

Tatsächlich fehlt es oft an verlässlichen Daten: Über den schwersten Anschlag des vergangenen Jahres, der sich im Nachbarland Niger Ende Juli ereignete, heißt es: Bisher hat keine Gruppierung die Verantwortung übernommen. Da die Opfer in der Stadt Tankademi in der Region Tahoua nahe der malischen Grenze aber Soldaten waren, ist immerhin die genaue Zahl bekannt: 237 Personen starben.

Auch in Mali und Niger sind seit mehreren Jahren Militärregierungen an der Macht. Wahlen sind nicht in Sicht, im Gegenteil. Die Machthaber grenzen sich bewusst von den übrigen Staaten



Grafik: United Nations Cartographic Department



Seit Jahren müssen Menschen wegen des Terrors in Burkina Faso fliehen; hier Binnenv Vertriebene aus dem Nordwesten in einer Unterkunft in der Hauptstadt Ouagadougou.
Foto: K. Gänzler/KNA



Russland baut seit Jahren seinen Einfluss in Westafrika aus: hier Moskaus Außenminister Sergej Lawrow und Burkina Fasos Karamoko Jean-Marie Traore 2024 in Ouagadougou.
Foto: Imago/Itar-Tass

in der Region ab, allerdings auch von Europa und vor allem der einstigen Kolonialmacht Frankreich. Russland gilt als neuer Partner und baut seine Präsenz aus. Anfangs wurde diese mit der Wagner Miliz, mittlerweile Africa Corps, gleichgesetzt. Doch sie ist viel weitreichender. Chatgruppen in Messenger-Diensten werden mit Propaganda aus Russland geflutet; der russische Sender RT hat seine Reichweite ausgebaut.

Juntas und Terror erschweren Berichte

Für Nichtregierungsorganisationen und Journalisten bedeutet das: Es gibt immer weniger Möglichkeiten, vor Ort zu berichten und Informationen zu sammeln. Die Juntas üben bewusst Druck aus, schließen Sender und weisen europäische Journalisten aus; gleichzeitig machen bewaffnete Gruppierungen das Arbeiten lebensgefährlich. Auch deshalb

bleiben Statistiken vage und viele Anschläge werden gar nicht erst bekannt.

Terroristen rekrutieren Analphabeten

Die Militärherrscher im Sahel haben eigenen Bekundungen zufolge in den Jahren 2020 (Mali), Burkina Faso (2022) und Niger (2023) die zivilen Regierungen gestürzt, weil sie mit der Terrorbekämpfung unzufrieden waren. In Mali ist die Zahl der Todesopfer zwar jüngst gesunken, dennoch haben sich in der Region Gewalt und bewaffnete Gruppierungen ausgebreitet.

Die Folgen sind verheerend: Verschiedenen Angaben zufolge sind alleine Niger, Mali und Burkina Faso rund 8.000 Schulen geschlossen. Kinder und Jugendliche, die lernen sollten, müssen stattdessen zu Hause mitarbeiten. Menschenrechtsorganisationen warnen, dass die Zahl der Kinder-

ehen wieder steigt. Auch steigt die Zahl jener, die nicht geimpft sind. In Regionen, in denen bewaffnete Gruppen operieren, lassen sich keine Massenimpfungen durchführen. Dabei war die Gesundheitsversorgung vielerorts schon vorher mangelhaft.

Zukunftsperspektiven sinken: Wer Analphabet ist und wenig Chancen hat, später einmal Geld zu verdienen, kann leicht zum Ziel von terroristischen Gruppen werden. Seit Jahren warnen Experten, dass junge Männer aus prekären Verhältnissen gezielt angeworben werden. Die Gewaltspirale geht weiter.

[Global Terrorism Index 2024 Studie der R+V Versicherung](#)

„Deutschland hat bürgerlich-liberal bis rechts gewählt, bekommt aber eine rot-grün gefärbte Politik“

Kommentatoren säkularer Medien widmeten sich vor allem den Schulden-Verhandlungen in Berlin, die sie aus unterschiedlichen Perspektiven für problematisch halten. Außerdem sind da noch der Gaza-Krieg, eine marode Kliniklandschaft in Deutschland und ein erkrankter Prophet.

Am Verlauf der Koalitionsgespräche in Berlin sowie den Verhandlungen zum Schuldenpaket übt Rudi Wais in der „Fuldaer Zeitung“ erhebliche Kritik:

„Die Mehrheit der Menschen in Deutschland ist in der Mitte oder ein Stück rechts von ihr zuhause. Zählt man die Ergebnisse von Union, AfD, FDP und Freien Wählern bei der Bundestagswahl zusammen, so repräsentiere sie etwas mehr als 55 Prozent der Deutschen. Sozialdemokraten, Grüne und Linke kommen nur auf gut 36 Prozent – der Einfluss der Parteien links von der Mitte auf die Politik aber ist um einiges größer als ihr Stimmenanteil [...]

Demokratie ist die Kunst des Kompromisses, ja – aber weil die AfD heute doppelt so stark ist wie vor vier Jahren und die Union aus naheliegenden Gründen nicht mit ihr koalieren kann, haben Genossen und Grüne gerade eine wenig kompromissfördernde Sperrminorität. Ohne sie geht

nichts mehr – im Bundestag so wenig wie im Bundesrat. [...]

Das heißt: Deutschland hat am 23. Februar zwar mehrheitlich bürgerlich-liberal, wenn nicht gar stramm rechts gewählt, bekommt aber eine stark rot-grün gefärbte Politik. Für Friedrich Merz, der im Wahlkampf eine konservative Wende versprochen hat, ist das eine schwere strategische Hypothek. Und wer weiß, ob SPD und Grüne nicht klammheimlich schon auf ein vorzeitiges Ende seiner Regierung, eine erneute Neuwahl und eine andere, linkere Mehrheit spekulieren. Ihre Muskelspiele jedenfalls sind nicht zu übersehen. [...]

Merz, der sich bisher nicht gerade als Diplomat hervorgetan hat, wird also einiges an Stehvermögen und Verhandlungsgeschick benötigen, um den versprochenen Politikwechsel in dieser Konstellation zu organisieren. [...]

Im „Kölner Stadtanzeiger“ äußert sich Tim Szent-Ivanyi ähnlich skeptisch, wenn auch mit anderem Fokus:

„[...] So richtig es angesichts der veränderten Weltlage und der maroden Infrastruktur hierzulande ist, sich von den strikten Schuldenregeln zu trennen, so falsch ist der Weg dahin. Die Kanzlerschaft von Friedrich Merz wird nicht nur auf einer veritablen Wählertäuschung basieren, sondern auch auf einer Abkehr von bisherigen politischen Gepflogenheiten. Diese bestanden darin, nach einer Wahl mit dem alten Bundestag keine weitreichenden Beschlüsse mehr zu fassen. Wie sinnvoll das ist, zeigt sich gerade im aktuellen Fall der geplanten Grundgesetzänderung.

Diese wurden wegen der Zeitnot in Nachtsitzungen mit heißer Nadel gestrickt – um es vorsichtig auszudrücken. Das Grundgesetz soll nun erweitert werden – um detailverliebte Regelungen

auf der einen, aber völlig unbestimmte Ausdrücke auf der anderen Seite. [...]

Doch ein späteres Nachjustieren, sollten sich Probleme mit der Neuregelung oder gar handwerkliche Fehler zeigen, ist eben nicht mehr möglich. Schließlich hat Schwarz-Rot im neuen Bundestag keine Zwei-Drittel-Mehrheit mehr. Das verhindert auch, dass die Länder noch Änderungswünsche über ein Vermittlungsverfahren einbringen können.

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie wüssten, wie heutzutage mit ihrer damals sehr sorgsam austarierten Verfassung umgegangen wird.“

Skeptisch, wenn auch zuversichtlicher ist Jana Wolf in den „Westfälischen Nachrichten“:

„[...] Entscheidend aber ist schon jetzt der Blick nach vorne. Auf die Grünen, die künftig in der Opposition sitzen, kommt es dabei nicht mehr maßgeblich an. Die Verantwortung dafür liegt bei der neuen Bundesregierung – aller Voraussicht nach also bei Union und SPD.

Ihnen muss es gelingen, dass die Schulden-Milliarden tatsächlich zu mehr Sicherheit für Deutschland beitragen. Sie müssen erklären, wie der massive ökologische Schaden durch das Hochfahren von Rüstungsausgaben eingedämmt werden soll. Sie müssen umso entschiedener die Ambitionen beim Klimaschutz

und bei der wirtschaftlichen Transformation hochhalten. Sie müssen die Infrastruktur-Mittel so einsetzen, dass Deutschland spürbar modernisiert wird. Und sie müssen junge Generationen mitnehmen, denen die Union bislang erklärt hatte, eine Lockerung der Schuldenbremse sei mit der Generationengerechtigkeit nicht vereinbar – und plötzlich geht es doch. Der politische Erklärungsbedarf ist groß, die Verantwortung enorm. [...]

Für „Die Welt“ wirft Karsten Seibel eine Blick auf die Finanzjongleure von CDU/CSU und SPD:

„[...] Union und SPD verspielen damit schon vor einer möglichen Regierungsübernahme sehr viel Glaubwürdigkeit. Das Wort ‚Politikwechsel‘ erweist sich einmal mehr genauso als hohle Phrase wie ‚Prioritätensetzung bei den Ausgaben‘. Man hätte es wissen können: CDU und CSU waren nicht einmal in dreieinhalb Jahren Opposition willens, eine Sparliste zu präsentieren, um die Ampel-Regierung unter Druck zu setzen.

Bestätigt fühlen dürfen sich zudem alle Verteidiger der Schuldenbremse. Nicht nur Ex-Finanzminister Christian Lindner (FDP) stoppte alle Reformbemühungen mit dem Hinweis, dass, wenn die Büchse der Pandora erst einmal geöffnet sei und es mehr Haushaltsspielräume gebe, die zusätzlichen Mittel als Allererstes zur schnellen Wählerbeglückung

genutzt würden, also in den Konsum flössen. [...]

Eine vorübergehend höhere Schuldenquote führt das Land nicht direkt ins Verderben. Doch dies kann kein Argument für ein schuldenfinanziertes ‚Weiter so‘ in anderen Bereichen sein. Länder wie Frankreich oder Italien sind abschreckende Beispiele dafür, was passiert, wenn Probleme mit immer noch mehr Geld einfach zugeschüttet werden: Am Ende steigen nur die Zinskosten, aber die Situation vor Ort bleibt weiterhin die gleiche.

Mit ihren Plänen von Gastro-Steuer bis E-Auto-Prämie haben Merz, Söder, Esken und Klingbeil gezeigt, dass die Schuldenbremse als Instrument zur Disziplinierung der Politik keineswegs überholt ist. Klientelgeschenke, bezahlt durch Milliardenschulden, ersetzen keine Reformen. Sparen ist unausweichlich. [...]

Israels neue Angriffe gegen Gaza kommentiert Peter Münch in der „Süddeutschen Zeitung“:

„[...] Warum? Am Ende aus nur einem einfachen Grund: weil Netanjahu das kann. Es gilt das Recht des Stärkeren, und es fehlt ein Korrektiv. In Washington hatte, es war in einer anderen Zeit, der Präsident Joe Biden zumindest noch versucht, dem israelischen Premier und seinen rechtsextremen Partnern Grenzen zu setzen. Sein Nachfolger Donald Trump hat Netanjahu nicht nur eine Carte blanche ge-

geben, sondern er dient ihm in Sachen Willkür auch als Vorbild.

Diesem Vorbild folgend entledigt sich Netanjahu auch im Innern seiner Kontrahenten. Den Verteidigungsminister und den Armeechef hat er bereits ausgetauscht. Der Chef des Inlandsgeheimdienstes Schin Bet steht unmittelbar vor dem Rauswurf, andere wie die aufmüpfige Generalstaatsanwältin sollen folgen. Vorgezeichnet wird für Israel so der Weg in eine Autokratie mit andauerndem Kriegszustand.

Stoppen kann das wohl nur noch der Protest von innen, aus Israels starker und lebendiger demokratischer Gesellschaft. Umfragen zeigen, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung bereit ist, für die Rückkehr aller Geiseln den Krieg zu beenden. Nun, wo der Krieg wieder loszubrechen droht, drängt die Zeit.“

Die Not der Gesundheitsbranche in Deutschland kommentiert
Mark Fehr in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“:

„Die Gesundheitsbranche war traditionell ein Krisenpuffer. Jobs in Krankenhäusern oder Pflegeheimen galten als besonders sicher. Schließlich fragen Patienten Heilung und Pflege unabhängig davon nach, ob die Wirtschaft gerade brummt oder einbricht. Angesichts einer alternden Gesellschaft gilt die Investition in Kliniken und Pflegeheime sogar als zukunftsweisend. Doch dieses Kalkül ist nicht länger gewiss.

Denn viele Krankenhäuser rechnen sich nicht mehr, weil die Kosten für Energie und Fachkräfte steigen [...]

Wie gravierend sich die Situation in der Gesundheitsbranche verändert hat, zeigt auch der Rückzug gemeinnütziger Träger aus dem Krankenhausmarkt. Denen geht es bestimmt nicht darum, mit allen Mitteln Gewinn zu machen. Bisher akzeptierten sie moderate Verluste im Sinne des Allgemeinwohls.

Doch der wirtschaftliche Druck ist an vielen Stellen selbst für Altruisten zu hoch geworden. Bemerkbar macht sich das an einer stark steigenden Zahl von Schließungen und Insolvenzen von Kliniken und Krankenhäusern [...]

Eine rücksichtslose Kommerzialisierung des Gesundheitswesens ist nicht wünschenswert, ebenso wenig vorstellbar aber ist, dass es weitergeht wie bisher. Das bedeutet wohl oder übel, dass Patienten auf Nahversorgung verzichten und längere Wege ins Krankenhaus in Kauf nehmen müssen. [...].“

In der „New York Times“ befasst David Gibson sich mit Papst Franziskus als Prophet im Zeitalter Donald Trumps:

„[...] Wie auch immer, das Schicksal eines Papstes bleibt eine große Sorge unter den etwa 1,3 Milliarden Katholiken in der Welt und eine Quelle gesteigerter Neugier für diejenigen, die Franziskus als eine zunehmend einsame mo-

ralische Stimme auf der Weltbühne sehen und sich fragen, welche Art von Papst ihm schließlich folgen wird.

Die Sehnsucht nach einer Führungspersönlichkeit, die die Bedürfnisse und Interessen anderer – auch der am wenigsten Mächtigen – über ihre eigenen stellt, ist besonders unter den vielen Amerikanern zu spüren, die heute verzweifelt nach einem Licht in der Dunkelheit von Donald Trump suchen.

Denn dieser Papst ist angesichts gefährlicher globaler Trends aufgetaucht, die die Kräfte der liberalen Demokratie zeitweise ins Wanken gebracht haben – Nationalismus, Populismus, Desinformation, Fremdenfeindlichkeit, wirtschaftliche Ungleichheit und Autoritarismus. Eine Welt ohne einen Papst wie Franziskus wird in gewisser Weise einer hobbeschen Dystopie ähneln, ohne einen Propheten, der auf unsere besseren Engel hinweist, oder einen vernünftigen Idealisten, der einen besseren Weg aufzeigt. [...]

Der Papst ist kein blauäugiger Moralist. ‚Die Realität ist größer als die Ideen‘, wie er zu sagen pflegt, und er hat eine realistische Vorstellung davon, wie die Welt funktioniert. Er hasst Ideologien, die den Verstand in Beschlag nehmen, und begrüßt die altmodische Politik, die etwas bewirkt. Politik „ist ein tägliches Martyrium: das Gemeinwohl zu suchen, ohne sich korrumpieren zu lassen“, hat er angehenden Politikern gesagt. [...].“

„Es macht betroffen, dass zwei superfromme Katholiken das irre Spiel ihres Präsidenten mitspielen“

Einmal mehr bestimmt die scheinbar willkürliche Politik der US-Regierung die Kommentare auch religiöser Medien. Des Weiteren ging es zuletzt um den erkrankten Papst, Terror in Nahost und den Wert von Menschenleben sowie um Rassismus und das politische Engagement evangelischer Kirchenoberer.

In der „Kölner Kirchenzeitung“ kommentiert Robert Boecker die Einstellung der militärischen Unterstützung der USA für die Ukraine und verbindet dies mit der Rolle Amerikas bei der Befreiung Europas und Deutschlands vom NS-Terror:

„[...] Es mutet wie ein schlechter Treppenwitz der Geschichte an, dass just in dem Moment, da in Köln ein amerikanischer Diplomat und eine Oberbürgermeisterin über die entscheidende Rolle Amerikas für die Beseitigung der Nazi-Diktatur sprechen [am 6. März 2025 zum 80. Jahrestag der Befreiung Kölns], genau dieses Amerika einem von einem skrupellosen imperialistischen Russland überfallenen Land die Unterstützung entzieht.

Das Land, das im Zweiten Weltkrieg Hunderttausende seiner Söhne für die Verteidigung der Prinzipien von Freiheit und Gerechtigkeit geopfert hat, schmeißt im Fall der Ukraine alle Prinzipien

über den Haufen und biedert sich in unerträglicher Weise dem Aggressor an.

Es zerreißt einem fast das Herz zu sehen, welche dramatischen Folgen der Abbruch der Unterstützung von jetzt auf gleich für das überfallene Land hat. Vor diesem Hintergrund hinterlässt der Handschlag zwischen Reker und dem amerikanischen Diplomaten einen bitteren Beigeschmack. Und es macht mehr als betroffen, dass mit dem amerikanischen Außenminister und dem Vize-Präsidenten zwei superfromme Katholiken das irre Spiel ihres Präsidenten mitspielen.“

Im US-Magazin „National Catholic Reporter“ schreibt Michael Sean Winters:

„[...] Amerikanische Präsidenten beider Parteien haben erfolglos versucht, Russland auf den Weg der Demokratie zurückzuführen. Putins Russland ist nicht die Be-

drohung, die Stalins Sowjetunion war, auch weil die NATO jetzt Polen, die baltischen Staaten und Finnland umfasst. Aber Putins Methoden sind beängstigend ähnlich. [...]

Trump hat nun beschlossen, sich bei Putin einzuschmeicheln und Selenskyj zu verunglimpfen – eine Entscheidung, die die Zukunft der Nato gefährdet. Wo sind die republikanischen Senatoren, die bereit sind, aufzustehen und den größten parteiübergreifenden außenpolitischen Erfolg in der amerikanischen Geschichte zu verteidigen – einen Erfolg, der durch einen der ihren, [US-Senator] Arthur Vandenberg, ermöglicht wurde?

In seinen Memoiren kommentierte Truman Vandenberg's Fähigkeit, innerhalb des Senats einen Konsens herzustellen, mit den Worten: ‚Nachdem Vandenberg gestorben war, war niemand in den Reihen der Republikaner in der Lage, in seine Fußstapfen zu treten‘. Leider kann dieses Urteil

jetzt auf die Ziele der GOP-Senatoren und nicht nur auf ihre Fähigkeiten angewendet werden. Sie sind mitschuldig an der Abkehr von der amerikanischen Verantwortung. Früher nannten wir jeden amerikanischen Präsidenten den ‚Führer der freien Welt‘. Jetzt nicht mehr.“

In der italienischen Zeitung „Avvenire“ kommentiert Matteo Liut das vom Vatikan verbreitete Foto des Papstes aus der Klinik:

„[...] Sicherlich löste das Foto Knoten und Spannungen, die sich in der langen Zeit [seiner] Abwesenheit angesammelt hatten, brachte böswillige Gerüchte, Verschwörungstheorien und Gerede zum Schweigen [...]

[Doch] eine halbe Stunde nachdem das Foto in den sozialen Medien verbreitet wurde, häuften sich bereits die Kommentare: ‚Es ist ein altes Foto‘; ‚es wurde von der KI generiert‘; ‚das beweist gar nichts‘; ‚wo sind die Sauerstoffkanülen?‘, ‚die Schwellung an der Hand zeigt, dass es ihm schlechter geht, als sie sagen‘, und so weiter. [...]

Doch genau diese Fragen und Zweifel führten uns dazu, die wahre Bedeutung des Bildes zu verstehen. Dazu hilft eine kleine Gewissheit: Es war sicherlich Papst Franziskus selbst, der sich so zeigen wollte, der darum bat, in dieser Pose und in diesem Moment abgebildet zu werden. Klar ist, dass die Botschaft, die das Bild vermittelt, von ihm stammt.

Wenn dem so ist, dann hat auch das, was wir nicht sehen, eine Bedeutung, ja vielleicht liegt in dem, was Bergoglio nicht zeigen wollte, die Bedeutung des Fotos. Und wenn wir sein Gesicht nicht sehen können, wenn wir nicht sein ganzes Gesicht sehen können, wenn er uns seinen Rücken zeigt, dann müssen wir genau auf das schauen, was er selbst sieht: den Altar und das Kreuzifix.

Mit diesem Foto fordert Papst Franziskus uns auf, unseren Blick auf die Quelle und den Höhepunkt des Glaubenslebens zu richten: die Feier der Eucharistie, das Geheimnis eines Gottes, der sich aus Liebe am Kreuz opfert. [...]"

Zum 12. Jahrestag der Wahl Jorge Bergoglios zum Papst schreibt Pierre Amar in „La Croix international“:

„[...] Mit dem Cäsaropapismus des mittelalterlichen Westeuropas sahen viele Katholiken den Papst als einen über allen anderen stehenden Herrscher an. Es gab auch den Ultramontanismus, der den Papst als alleinigen Führer in fast allen Bereichen ansah. Der heilige Papst Paul VI. versuchte, eine größere Authentizität wiederherzustellen, indem er die päpstliche Tiara ablehnte und den Titel betonte, den er angeblich am meisten schätzte: ‚Diener der Diener Gottes‘.

Aber die Kirche ist eine Gesellschaft wie keine andere: Der Papst ist gleichzeitig Wegführer, Hüter der Lehre und Vater. Die

ganze Welt schaut auf ihn. [...] Diese Macht hängt stark von seinem Charisma, seiner persönlichen Geschichte, seiner Kultur, seinen Sprachkenntnissen und der Wahl seiner engsten Mitarbeiter ab. Seit zwölf Jahren scheint Papst Franziskus im Gegensatz zu seinen beiden unmittelbaren Vorgängern eher zurückhaltend zu sein, wenn es darum geht, diesen Einfluss zu nutzen. Es gab Fans von Johannes Paul II., die am Tag seines Todes ‚Santo Subito!‘ riefen. Es gab Anhänger von Benedikt XVI., die noch immer seine Schriften verschlingen. Es gibt auch Bewunderer von Papst Franziskus – allerdings sind sie leiser, denn dieser unberechenbare Papst hat bei der Ausübung seines Amtes letztlich niemanden verschont. Alle sind zur Rechenschaft gezogen worden, angefangen bei der römischen Kurie!

Damit hat Jorge Bergoglio uns von jeder menschlichen Bindung an die Autorität des Papstes befreit. Er sieht sich selbst eher als ‚Weltpfarrer‘, der die Katholiken ermutigt, über ihre Beziehungen zu Nichtkatholiken, anderen Gläubigen, Agnostikern und Atheisten nachzudenken – mit einem Wort: zu den ‚Peripherien‘. [...]"

In der „Jüdischen Allgemeinen“ kommentiert Ninve Ermagan die jüngste Terrorwelle in Syrien:

„[...] Diese Gewaltspirale war absehbar – und wer hinsehen wollte, der konnte es auch sehen.

Schon vor Monaten häuften sich die Warnungen, dass das Erstarren der Islamisten in Syrien zu einem neuen Blutvergießen führen würde. [...] Gleichzeitig versprach der neue syrische Machthaber al-Scharaa, alle Minderheiten zu schützen. Die Realität zeigt: Er scheint die verschiedenen islamistischen Milizen entweder nicht kontrollieren zu können – oder zu wollen.

Doch die Zeichen dieser Eskalation wurden ignoriert. Hierzulande waren bekannte deutsche Nahost-Experten damit beschäftigt, islamistische Gruppen als ‚gemäßigt‘ darzustellen. Man müsse ihnen eine Chance geben, hieß es. Der Westen folgte dieser Einschätzung und streckte ihnen die Hand aus. Die jüngsten Massaker zeigen, wie naiv diese Hoffnung war. Islamisten tun, was sie immer getan haben: massakrieren, verstümmeln, unterdrücken. Sie rechtfertigen ihre Taten mit dem Vorwand, ihre Opfer seien Agenten des Assad-Regimes oder ‚Ungläubige‘. Es geht hier nicht um politische Kämpfe, sondern um Vernichtung. Die Minoritäten sehen düstere Zeiten auf sich zukommen – und ein Syrien, das keinen Platz für sie hat.“

Zur Frühjahrsvollversammlung der deutschen Bischöfe schreibt Klaus Gaßner im „Konradsblatt“:

„[...] Die Bischöfe haben in Georg Bätzing einen Vorsitzenden der Bischofskonferenz, der an Format immer mehr zugelegt hat. Er

hat sich seit seinem Amtsantritt große Souveränität verschafft, überzeugt mit Sachverstand und ruhiger Diplomatie. Und er lässt keinen Zweifel, dass die politischen Positionierungen der katholischen Kirche wichtig und nötig sind. [...]“

Mit deutlichen Worten hat Bätzing dabei Position bezogen zur AfD, einer Partei, mit der es keine Gemeinsamkeiten gebe. Um im gleichen Atemzug deutlich zu machen, dass es mit den Wählern der AfD sehr wohl Gemeinsamkeiten gebe: Man müsse deren Sorgen viel ernster nehmen. Vielleicht ernster als bislang geschehen. Dass ‚der Mensch‘ das eine ist und ‚das menschliche Werk‘ – also auch seine politische Haltung – davon verschieden, das ist eine uralte theologische Überzeugung. Sie wird in diesen Tagen zu einer Aufgabe:

Im politischen Diskurs gilt es doch in den Streit zu gehen und den dünnen populistischen Verlockungen die komplexere Verantwortung für die Welt entgegenzuhalten. Und im christlichen Zusammenleben wartet eine noch größere Herausforderung: Zwei Menschen, die der Zufall im Gottesdienst nebeneinander in die Kirchenbank führt, können durch gegensätzliche politische Positionen getrennt sein – und im gemeinsamen Schuldbekenntnis ihre eigene Begrenztheit ausdrücken. Sich mit Würde zu begegnen und mit Ernsthaftigkeit auszutauschen – wo soll das also besser eingeübt werden können als im kirchlichen Kontext? [...]“

Im evangelischen Pressedienst „idea“ rät Pfarrer Matthias Bilger seiner Kirche zu einem politischen Fasten:

„Der Protestantismus hat ein gespaltenes Verhältnis zum Fasten. [...] Ich schlage den obersten Repräsentanten meiner Kirche etwas anderes vor: ‚Sieben Wochen ohne Politik‘. Kein Kommentar zum Ausgang der Wahl mehr. Kein Kampf gegen echte oder vermeintliche Rechte. Keine Teilnahme an Demos, die das neue 1933 kommen sehen. Ich bin mir sicher, dass dieses Fasten allen guttäte.“

Es täte den ‚linken‘ evangelischen Gläubigen gut, weil ihnen vielleicht wieder klar würde, dass es bei der Kirche zuerst um den Glauben geht und eben nicht um die ‚richtige Haltung‘. Es täte den ‚rechten‘ Christen gut, weil sie sich wieder ein Stückchen angenommen fühlten, so wie die Menschen damals von Jesus. [...]

Obwohl die ersten Christen unter übelsten Tyrannen litten und verfolgt wurden, war ihnen klar, dass ihre Aufgabe das Gebet ist. Die Demokratie gibt Christen viele Entfaltungsmöglichkeiten, allerdings kein Mandat, immer alles besser zu wissen. Christen sind Fachleute für die Frage nach Gott. Nur wenn die Kirche hier eine Antwort parat hat, hat sie eine Zukunft. Es bleibt zu hoffen (und zu beten), dass der eine oder andere in der Fastenzeit zur Besinnung kommt.“



Nachklang zum Kant-Jubiläum

Immanuel Kant beeinflusste erheblich auch das jüdische Denken in der Neuzeit. Dabei steht seine Philosophie dem Judentum näher als dem Christentum. Teil I eines Rückblicks auf die jüdische Aufklärung

Von Monika Beck

Aachen (KNA) Das Jubiläumsjahr zum 300. Geburtstag des führenden Philosophen der Aufklärung war von Unruhen geprägt. Auch Königsberg, heute das russische Kaliningrad, die Stadt in der Immanuel Kant am 22. April 1724 geboren wurde, und die er bis zu seinem Tod am 12. Februar 1804 kaum verlassen hatte, lag im Fokus politischer Wirren und Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine. Für eine Erinnerung an den Denker blieb nur wenig Platz übrig.

Die Vernunft erobert das religiöse Denken

Manche Historiker sprechen von einer „muslimischen Frühaufklärung“ im Mittelalter. Arabische Gelehrte hatten die Werke des griechischen Altertums neu entdeckt und übersetzt. Die rationale Philosophie des Aristoteles (384–322 v. Chr.), die der Universalgelehrte Ibn Rushd (Averroes, 1126–1198) aus dem iberischen Al Andalus „ein Geschenk Gottes, damit wir alles wissen können, was zu wissen möglich ist“ nannte, revolutionierte das religiöse Denken und erfuhr in dem muslimisch beherrschten Teil Spaniens eine besondere Zeit der Blüte. Daran beteiligten sich viele Juden, die mit der arabischen Mehrheit zwar nicht gleichgestellt waren, doch über etliche Freiheiten verfügten. Durch ihre Handelsbeziehungen, die auch polyglotte Sprachkenntnisse erforderten, verbreitete sich das Vernunft-Denken auch im christlichen Abendland und ließ die Scholastik entstehen.

Das Mittelalter, das als eine dunkle, von Kreuzzügen und blutigen Pogromen gebrandmarkte Epoche in die Geschichtsschreibung eingegangen war, hatte auch ihre lichte Seite. Die Theologie (griechisch die Lehre – „logos“ – von Gott – „theos“), ein Begriff, den Aristoteles in die Philosophie eingeführt hatte, war von dessen Rationalismus geprägt, und bescherte den drei abrahamitischen Religionen mit einer gemeinsamen Grundlage. Der führende Theologe der Scholastik, Thomas von Aquin (1225 oder 1226–1274), verfasste seine These der „fünf Wege zu Gott“ mit

etlichen Zügen aus der Philosophie des jüdischen Aristotelikers Moses Ben Maimon (Maimonides, 1135–1204). Maimonides hatte zuvor die gesamte jüdische Lehre in dreizehn knappen Glaubensartikeln gegliedert. Seine Philosophie besaß viele Gemeinsamkeiten mit den Schriften des Averroes und ließ die „Legende“ entstehen, dass der Jude Ben Maimon ein Schüler des Moslems Ibn Rush gewesen wäre, obwohl sich die beiden persönlich nicht kannten.

1148, als fundamentalistisch gesinnte Muslime, die Almochaden, in Al Andalus einbrachen, musste Maimonides fliehen. Im muslimisch toleranten Ägypten wurde er in Kairo Leibarzt des Sultans und verfasste sein umfangreiches philosophisches Werk, größtenteils in arabischer Sprache. Seine „Dreizehn Glaubenssätze“ stehen am Anfang des „Siddur“ (hebräisch „Ordnung“), des jüdischen Gebetsbuches. Christentum und Islam nannte Moses Ben Maimon „die heilsgeschichtlichen Vorstufen auf dem Weg zur endgültigen Erlösung der Menschheit“, begründet auf den Propheten-Worten: „Dann füge sie dir, eins zum anderen, zu einem einzigen Holz zusammen, dass sie eins werden in deiner Hand“ (Ezechiel 37, 17).

Im Denken des Mittelalters hatten Theologie und Philosophie den Vorrang, und die Natur wurde bloß em-



*Moses Ben
Maimon oder
Maimonides
(1138–1204) Foto:
Imago/ CPA
Media*

pirisch wahrgenommen. Die Scholastiker versuchten, die überlieferten christlichen Glaubensinhalte aufgrund des aristotelischen Rationalismus zu beweisen. In der Renaissance begann der Aufbruch der Naturwissenschaften, und die darauf folgende Aufklärung verlangte auch nach einem zeitgemäßen Gottesverständnis. Der französische Aufklärer aus Genf Jean Jacques Rousseau (1712–1778) verfasste die These einer „natürlichen Religion“. Er lehnte jegliche Offenbarung ab, den Glauben an ein absolutes Wesen könne der Mensch allein durch Vernunft erlangen. Doch Rousseau bekämpfte die etablierten Religionen nicht. Die Frauen, deren Denken seiner Meinung nach, den Alltag nicht übersteigen könnten, „sollten weiter im Glauben Jesu Christi erzogen werden“.

In Frankreich gewährte die absolutistische Monarchie gemäß der „Drei Stände Ordnung“ nur den ersten beiden „Ständen“, dem Klerus und der Aristokratie, politische und gesellschaftliche Rechte. Die aus dem bürgerlichen „dritten Stand“ hervorgegangenen Aufklärer verlangten eine Umgestaltung der Gesellschaft, in der nur der Status „citoyen“, des freien Staatsbürgers, gelten soll. Das Aufbegehren und die bittere Verarmung der besitzlosen Schichten führte 1789 zum Ausbruch der Revolution, die mit den Schlagwörtern „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ begann und zu einem blutigen Terror entartete.

Die Aufklärung und ihr historisches Umfeld

Das entmachtete Königspaar sowie Mitglieder der ersten beiden Stände und später alle, die man der Kollaboration mit dem „Ancien Régime“ bezichtigte, wurden dem Tod preisgegeben. Schließlich köpfte die Guillotine wegen Streitigkeiten die führenden Gestalten der Revolution. Die Freiheit der Vernunft pervertierte in eine fanatische Huldigung der Vernunft. Am „Festival der Vernunft“ am 10. November 1793 wurde die Kathedrale „Notre Dame“ in Paris zum „Tempel der Vernunft“ erklärt, veranschaulicht durch die „Göttin der Vernunft“, die den Altar des ehemaligen Gotteshauses bestieg.

*König von Preußen Friedrich II. (1712–1786)
Foto: Imago/ imagebroker*



In Preußen regierte am Vorabend der französischen Revolution Friedrich II. (1712–1786), ein grausamer Feldherr, der doch in Friedenszeiten in seinem Potsdamer Schloss Sanssouci eine Elite französischer Aufklärer um sich scharte. Der Befürworter eines „aufgeklärten Absolutismus“ vertrat in Folge Rousseaus einen auf der Vernunft begründeten Deismus. Er spottete über die etablierten Religionen, doch er ließ sie gewähren. Unter diesen Umständen konnte sich die Haskala (vom hebräischen „Sechel“, Vernunft) in Berlin besser entfalten als in Paris, wo die Nationalversammlung 1791 die Juden zu gleichberechtigten „citoyens“ erklärte, jedoch unter der Bedingung, sich ihres Judentums zu entledigen.

Die jüdische Aufklärung wurde erst im 19. Jahrhundert als „Haskala“ benannt. Deren Vertreter nannten sich ursprünglich „Meskilin“ (hebr. „Verständiger“, „Unterweiser“), und verlangten nach der religiösen Erneuerung sowie der Emanzipation des Judentums. Ihr bedeutendster Vertreter war Moses Mendelssohn (1729–1786), der erste deutsche Jude, der neben seinen jüdischen Studien sich auch im Wissen seiner christlichen Umwelt vervollständigte und als erster die Thora ins Deutsche übersetzte. Seine Freundschaft mit Gotthold Ephraim Lessing (1729–1781) wurde zum Musterbeispiel für die Verständigung auf Augenhöhe zwischen Christen und Juden. Obwohl die Juden erst 1871 im Kaiserreich volle Staatsbürgerrechte erhielten, stellte die Aufklärung den Anfang ihrer Integration in die deutsche Kultur dar.



Foto: Harald Oppitz/KNA

Mit christlichem Mut zum Kompromiss

**Die EKD wendet sich in einem neuen Papier gegen politischen Populismus.
Und fordert mit klaren Regeln zum offenen, kritischen Diskurs auf.**

Von Benjamin Lassiwe

Hannover (KNA) Am Anfang steht ein Zitat aus der Weihnachtsgeschichte. Mit den Worten „Fürchtet euch nicht! Siehe, ich verkündige euch große Freude“ (Lukas 2,10) beginnt der Rat der EKD ein Papier zum Umgang mit gesellschaftlichem Populismus. Veröffentlicht wurde es vergangenen Woche, in der Übergangsphase zwischen der Bundestagswahl

am 23. Februar und der Konstituierung des neuen Parlaments am 25 März.

„Unsere Demokratie lebt vom Vertrauen – in unsere Institutionen, in unsere Mitmenschen und in die Kraft des konstruktiven Gesprächs“, sagt die Ratsvorsitzende und Bischöfin im Sprengel Hamburg und Lübeck der Nordkirche, Kirsten Fehrs. Vertrauen aber wachse nicht von selbst.

Es brauche Menschen, die einander mit Respekt begegnen. „Als Christinnen und Christen tragen wir eine besondere Verantwortung, diese Haltung der abwägenden Vernunft und der Empathie in die Gesellschaft einzubringen.“

In dem Papier tritt die EKD ein für „verantwortungsvolle Kompromisse“ statt politischer Maximalforderungen. „Andere als Freie und Gleiche anzuerkennen, bedeu-

tet auch, Positionen nicht nur deswegen abzulehnen, weil sie von einer bestimmten Gruppe kommen oder mit der eigenen Position nicht übereinstimmen“, heißt es in dem neun-seitigen Dokument. „Wo sie in Anerkennung der gleichen Freiheit des Gegenübers vorgebracht werden, verdienen sie jedenfalls den Respekt der intensiven Auseinandersetzung.“

Solange ein Gespräch möglich ist ...

Nur die eigene Sicht gelten zu lassen, widerspreche der christlichen Überzeugung von der Gleichwertigkeit der Menschen und der Vorläufigkeit jeder politischen Urteilsbildung. „Deshalb ist es nur konsequent, das Gespräch mit Menschen mit populistischen Überzeugungen nicht abubrechen, solange ein Gespräch möglich ist“, heißt es darin. „Immer werden Christinnen und Christen dabei in aller Deutlichkeit kritisieren, wenn Populisten Menschen ihre Würde absprechen.“

Solche Aussagen ähneln den Kerninhalten eines im Februar 2024 veröffentlichten Papiers der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, das unter der Überschrift „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“ auf Distanz zur Alternative für Deutschland (AfD) gegangen war. Im Unterschied zur DBK bezieht sich die EKD nun aber auf alle politischen Parteien – keine von ihnen wird in dem neuen Dokument namentlich genannt.

Dies ist besonders angesichts des zwischenzeitlichen Aufstiegs des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) von Bedeutung.

Zudem erinnert die EKD daran, auch eigene Positionen gelegentlich zu hinterfragen. Mut zum offenen Wort bedeute ebenfalls „Mut zur Selbstkritik und zur Infragestellung eigener Überzeugungen“. „Der Mut, das offene Wort nicht nur zu sprechen, sondern auch zu hören, lädt das Gegenüber ein, es ebenso zu tun, ins Nachdenken zu kommen und zu sich und den eigenen Positionen in eine prüfende, produktive Bewegung zu kommen“, heißt es in dem Papier.

„In einem Gespräch das vernünftiger Argumente anzuerkennen, gibt auch der Kraft der Wahrheit die Ehre – die einzige Macht, die Menschen bewegen kann, ohne sie zu manipulieren.“ Der Mut zum offenen Wort bedeute aber auch, das Gespräch mit einer klaren Ansage zu beenden, wenn Menschenfeindlichkeit und Abwertung beharrlich als Argumente genutzt werden. Es sei eine Frucht der Selbstreflexion, hier eine Grenze zu ziehen und das Gespräch erst wieder aufzunehmen, wenn die gegenseitige Anerkennung wieder Grundlage des Gesprächs ist.

Starkes Gemeinwesen und die Schwachen

„Christliches Handeln ist auch im Politischen an den Bedürfnissen des und der Anderen orientiert,

des oder der Nächsten“, heißt es in dem Papier abschließend. „Christinnen und Christen verfolgen nicht in erster Linie ihre eigenen Interessen, sondern sind überzeugt, dass sich die Stärke eines Gemeinwesens daran zeigt, wie es mit den Schwächsten umgeht.“

Ungleichheiten zwischen Ost und West

Der stellvertretende EKD-Ratsvorsitzende und sächsische Landesbischof Tobias Bilz sagte, der Rat der EKD wolle die Aufmerksamkeit auch auf Ungleichheiten richten wie jene zwischen Ost und West. Eine größer werdende Bevölkerungsgruppe in Ostdeutschland fühle sich im Blick auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Zukunftsperspektiven benachteiligt und fremdbestimmt.

„Wenn die Perspektiven negativ sind, schwindet die Bereitschaft, die bestehenden Verhältnisse zu verteidigen.“ Darüber müsse gesprochen werden, so Bilz. „Sprechen heißt auch, auf Belehrung zu verzichten und schmerzhaft Worte auszuhalten, um der Menschenfreundlichkeit willen.“

[Download-Möglichkeit des EKD-Papiers „Christliche Perspektiven für unser gesellschaftliches und politisches Miteinander“](#)



Ein Demonstrant in Belgrad zeigte vergangene Woche Fotos des früheren serbisch-orthodoxen Patriarchen Pavle (1914–2009) und des 2003 ermordeten Politikers Zoran Đinđić. Pavle hatte in den 1990er Jahren Studentenproteste gegen den früheren Staatschef Slobodan Milošević unterstützt.

Foto: Imago/CTK Photo

Bischöfe gegenüber Protesten uneins

Serbien ringt um die politische Zukunft. Dabei spielt auch die orthodoxe Kirche eine Rolle. Die scheint sich dabei nicht einig zu sein. Die protestierende Jugend setzt dennoch auch auf die Orthodoxie.

Von Simon Kajan

Belgrad (KNA) Seit über einem Monat finden in Serbien Massenproteste statt. Auch die Kirchen geraten zunehmend unter Druck, Stellung zu beziehen. Zuletzt riefen auch die serbischen Studenten die Religionsgemeinschaften

des Landes auf, ihren Protest zu unterstützen, der nach dem Tod von 15 Menschen beim Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad ausgebrochen war. Für das Unglück werden Stümperei und Korruption verantwortlich gemacht. In der Folge kündigte Ende Januar Premierminister Mi-

loš Vučević bereits den Rücktritt seiner Regierung an.

Nun wenden sich die Aktivisten auch direkt an die Kirchen: „Wir fordern Sie auf, wie Ihre Vorgänger in entscheidenden Momenten unserer Geschichte, dem Volk beizustehen und dafür zu sorgen,

dass die Stimme der Wahrheit und der Gerechtigkeit deutlich gehört wird“, zitierten serbische Medien (14. März) aus einem offenen Brief von Regierungskritikern.

Studenten sind keine „serbische Ustascha“

Vorausgegangen war ein Streit in der serbisch-orthodoxen Kirche (SOK). Sie ist die führende Kirche des Landes. Die meisten ihrer Bischöfe haben bisher geschwiegen, einige haben Unterstützung geäußert, andere Kritik geübt. Ein von Bischof David Perović von Kruševac am 9. Februar verfasster Text sorgte für Aufsehen, auch weil er über die offizielle Webseite der serbisch-orthodoxen Kirche verbreitet wurde, berichtet der „Nachrichtendienst Östliche Kirchen“ (NÖK). In einer Passage benutzte Bischof David zudem den Terminus „serbische Ustascha“. Das wurde als gehässige Kritik an den protestierenden Studenten verstanden.

Gegen den Text stellten sich dann sechs Bischöfe der SOK, darunter Metropolit Grigorije (Durić) von Deutschland, die festhalten, dass die Kirche die Studenten nicht für „serbische Ustascha“ halte. Ustascha war die faschistische Bewegung Kroatiens, die während des Zweiten Weltkriegs nicht nur Juden und Roma, sondern auch Serben verfolgte.

In ihrem nicht über die offiziellen Seiten der SOK verbreiteten „Aufruf zur Achtung der Studenten, verantwortungsvollem Ausdrücken und Berichten“ bezeichneten die meist im Ausland tätigen Bischöfe die Vorwürfe als „verletzend und inakzeptabel“. Sie fühlten sich verpflichtet, öffentlich ihre Ablehnung und Abgrenzung von „jeglicher Rede, die einen anderen Menschen entmenschlicht“, und insbesondere „junge Menschen, Studenten, als Faktor des Aufbaus der Gesellschaft geringschätzt“, auszudrücken. Bischof David stelle die Studierenden in den Kontext von „Farbrevolutionen“.

Die Bischöfe beklagten die „Tyrannei überheblicher und verletzender Worte, die ohne Verantwortung ausgesprochen werden“ und baten die anderen Bischöfe, nicht zuzulassen, dass eine solche Sprache normal werde. Unterzeichnet ist der Aufruf von Metropolit Grigorije (Durić) von Deutschland, der sich schon zuvor klar auf die Seite der Studenten gestellt hatte, Metropolit Joanikije (Mićević) von Montenegro, Metropolit Justin (Stefanović) von Žiča, Metropolit Dimitrije (Rađenović) von Zahumlje-Herzegowina, Erzbischof Maksim (Vasiljević) von Westamerika und Bischof Irinej (Dobrijević) von Ostamerika.

Patriarch äußerte sich bislang nicht eindeutig

Auch wenn sich Bischof David mit einem Statement entschieden gegen die Kritik wandte und zurückwies, mit der „serbischen Ustascha“ die protestierenden Studenten gemeint zu haben, spricht die Auseinandersetzung für die



Banner in Belgrad: „Blockade, wann wenn nicht jetzt“.

Foto: Markus Schönherr/KNA

Polarisierung in der serbisch-orthodoxen Kirche. So hat sich Patriarch Porfirije bisher nicht eindeutig zu den Protesten geäußert.

Patriarch Porfirije zögert noch

Gerüchten zufolge unterstützt er sie. Öffentlich hat er entschieden Gewalt gegenüber den Teilnehmenden verurteilt. Zudem zeigte er sich erschüttert, als eine Studentin bei einem Protest von einem Autofahrer verletzt wurde, und besuchte die junge Frau im Krankenhaus. Einfache Geistliche auch aus Bischof Davids Bistum

Kruševac stellen sich hingegen offen vor die Protestierenden. Am 27. Februar traten sie vor die Kathedrale, um die Demonstrierenden zu grüßen.

Rückendeckung bekamen die Studenten zuletzt auch vom katholischen Erzbischof von Belgrad, Kardinal Ladislav Nemet. Aus einem Brief des Erzbischofs zitieren örtliche Medien: „Euer Mut und eure Entschlossenheit, für Gerechtigkeit und Fairness zu kämpfen, sind ein Zeichen der Hoffnung und des Glaubens an eine bessere Zukunft für Serbien.“ Weiter mahnte Nemet einen friedlichen Verlauf der Proteste an.



Belgrads katholischer Bischof, Kardinal Ladislav Nemet, unterstützt die Studentenproteste.

Foto: Paolo Galosi/KNA

Aleksandar Ivković, Forscher am Centre for Contemporary Politics in Belgrad, sieht Serbiens Präsident Aleksandar Vučić in einer zunehmend verzweifelten Situation. Der KNA sagte er, dass ein Entgegenkommen des Staatsoberhauptes unweigerlich zur Verhaftung „einflussreicher Mitglieder der Regierungselite“ führen würde. Zugleich würde Repression die Proteste nur weiter anheizen, so Ivković. Seiner eigenen Wählerschaft erscheine der Autokrat längst als geschwächt.

Längerfristig könnten die Proteste das Ende der Vučić-Ära einläuten, schätzt der Experte: „Derzeit besteht der Ausweg für ihn darin, entweder nichts zu tun und zu hoffen, dass die Proteste irgendwann aufhören – was sehr unwahrscheinlich ist. Oder darin, eine Art Machtteilungsabkommen mit der Opposition oder anderen Akteuren einzugehen.“



Am 15. März demonstrierten mehrere Hunderttausend Menschen in Belgrad gegen die Regierung. Neben serbischen Fahnen waren auch Kreuze und Ikonen zu sehen. Foto: Imago/Nik Erik Neubauer

USA-Experte Weiß: „Trump bedient ein Messias-Narrativ“

Wien (KNA/KAP) Donald Trumps Rückkehr ins Weiße Haus markiert nicht weniger als eine politische und gesellschaftliche Zeitenwende, die auch religionspolitische Implikationen hat. Das hat der Salzburger Theologe und USA-Experte Andreas G. Weiß am 12. März bei einem Vortrag in der Wiener „Akademie am Dom“ betont. In seinem Vortrag unter dem Titel „God’s lost country? Zur Agenda Donald Trumps“ analysierte Weiß die ideologischen und religiösen Dimensionen des neuen politischen Kurses des US-Präsidenten - und warnte vor den Folgen für Europa und die Demokratie weltweit.

Trump sei nicht nur ein politisches Ereignis, sondern Ausdruck einer religiös aufgeladenen Sehnsucht nach Erlösung, die er gerade in der konservativen christlichen

Mittelschicht bediene: „Trump bedient ein Messias-Narrativ. Er gibt sich als Außenseiter, der sich in die Höhle der Löwen begibt, um aufzuräumen und die Ordnung wiederherzustellen“, wird Weiß in einer Pressemitteilung der „Theologischen Kurse“ am Donnerstag zitiert. Dabei reiche seine Inszenierung von Robin-Hood-Elementen bis hin zu mythologischen Erlösungsversprechen.

Dazu passe weiters die Selbstinszenierung als Opfer (dem angeblich die Wahl 2020 „gestohlen“ wurde) und als Auserwählter bzw. Märtyrer, dem selbst ein Attentat wie jenes im Wahlkampf 2024 nichts anhaben konnte. Ob öffentlichkeitswirksame Inszenierung mit Bibeln in der Hand, dem Eintreten für schärfere Abtreibungsgesetze oder eine traditionelle Familienpolitik: Trump be-

spiele geschickt die Anliegen der konservativen Kreise, er mache einzelne Zugeständnisse, jedoch nicht ohne sich stets eine Hintertür offen zu halten, so Weiß. Dies entspreche seiner Mentalität und seinem neuen Polit-Stil des „Dealens“.

„Mit Trump ist ein neuer Typus von Politik und Politikern aufgetaucht - es wird auch alternative Gegenentwürfe brauchen, um ihm eine wählbare Alternative gegenüberzustellen“, so Weiß abschließend. Hier wäre es falsch, die Wählerschaft in ihren Sorgen und Nöten nicht ernstzunehmen: „Trump kann offenbar eine kommunikative Ebene einschlagen, die den Anliegen der Menschen entspricht. Demokraten weltweit haben derzeit größte Probleme, solche Alternativen kreativ aufzustellen. Doch ist dies notwendig, um dem Ereignis Trump entgegenzutreten zu können.“

Weiß ist Direktor des Katholischen Bildungswerks Salzburg und mehrfacher Buchautor. Er kennt das politische und religiöse System der USA aus nächster Nähe. Während seines Studiums der Theologie und Religionswissenschaft u.a. in den USA beschäftigte er sich intensiv mit dem Verhältnis von Religion und Politik in Amerika.



Wahlkampfplakat: Gott, Waffen und Trump
Foto: Tobias Käufer/KNA

Katholiken gedenken der koptischen Märtyrer von Libyen

Kairo/Wien (KNA/KAP) Das römisch-katholische Vikariat in Ägypten lud vor Kurzem zu einer Pilgerfahrt in die ägyptische Stadt Samalut, wo der 21 Märtyrer gedacht wurde, die 2015 von Terroristen des „Islamischen Staates“ in Libyen ermordet worden waren. Das berichtete der „Pro Oriente“-Informationsdienst am 13. März unter Berufung auf das Infoportal „abouna.org“. Die Wallfahrt mit mehr als 300 Teilnehmenden wurde von Bischof Claudio Lurati geleitet. Die Märtyrer werden weit über die Koptische Kirche hinaus verehrt.

In der Kirche der Märtyrer, die nach der Ermordung der 21 errichtet wurde und in der auch die sterblichen Überreste der Märtyrer ruhen, fand ein Gottesdienst statt, der auch von orthodoxen Pilgern mitgefeiert wurde, wie es hieß. Sr. Chiara Latif vom Pastoralbüro des römisch-katholischen Vikariats erläuterte die Grundintention der Wallfahrt, die die alle Menschen verbindenden Werte von Solidarität und Liebe fördern und den katholischen Christinnen und Christen in Ägypten das Lebenszeugnis der koptischen Märtyrer näherbringen soll, „die trotz ihrer Einfachheit bis zum letzten Moment an ihrem Glauben festhielten“. Der koptisch-orthodoxe

*Screenshot eines von den Terroristen geposteten Videos von der Ermordung der Christen.
Foto: flickr/ gemeinfrei*



Pfarrer der Märtyrer-Kirche berichtete den katholischen Pilgern vom Leben der Märtyrer.

Die 21 Opfer waren als Gastarbeiter in Libyen beschäftigt, als sie von IS-Terroristen entführt wurden. Diese versuchten, die Männer durch Folter zum Übertritt zum Islam zu bewegen. Doch alle blieben standhaft und wurden deshalb vor laufenden Kameras an einem Strand in Libyen enthauptet. Das Video ihrer Enthauptung wurde am 15. Februar 2015 von dschihadistischen Websites online gestellt. Nur eine Woche nach dem Massaker beschloss der koptisch-orthodoxe Papst-Patriarch Tawadros II., die 21 Märtyrer in das Synaxarion, das Buch der Märtyrer der koptischen Kirche, aufzunehmen. Ihr Gedenktag wird am 15. Februar gefeiert. Die koptisch-orthodoxen Christinnen

und Christen Ägyptens verehren sie als Heilige. Zum Gedenken an die Märtyrer wurde in Samalut eine neue Kirche gebaut.

Bei den Recherchen über die Märtyrer stellte sich heraus, dass es ursprünglich um 20 koptische Gefangene der IS-Terroristen ging. Der 21. Märtyrer war ein Bürger aus Ghana, eigentlich ein Nichtchrist. Angesichts der Bekenntnistreue der Kopten hatte er auf die Frage der IS-Terroristen, ob er Jesus als „wahren Gott und wahren Menschen“ bekenne, geantwortet: „Ihr Gott ist mein Gott“, obwohl ihm bewusst war, dass er damit sein Leben verwirkt hatte.

Papst Franziskus hat im Mai 2023 die Namen der 21 Getöteten als Zeichen der geistlichen Verbindung beider Kirchen in das Römische Martyrologium aufgenommen.

Keine Anklage wegen Missbrauchs gegen Southern Baptists in USA

Washington D.C. (KNA) Das US-Justizministerium stellt die Ermittlungen gegen die Southern Baptists (Bund der Südlichen Baptisten (SBC)) ein. Die US-Staatsanwaltschaft habe mitgeteilt, dass sie keine Anklage wegen sexuellen Missbrauchs gegen die größte protestantische Kirche in den USA erheben möchte, meldete die evangelische Nachrichtenagentur Idea am 14. März.

Das Justizministerium hatte im August 2022 eine Untersuchung eingeleitet, nachdem eine unabhängige Kommission schwere Versäumnisse der SBC-Leitung im Umgang mit Missbrauchsvorfällen aufgezeigt hatte. In einem

288-seitigen Bericht sei davon die Rede, dass Opfer und Anwälte schlecht behandelt worden seien, es zu Einschüchterungen gekommen sei und sich die Leitung wiederholt Reformen in diesem Kontext widersetzt habe, so Idea weiter.

Dennoch hat der Skandal weitreichende Folgen. Im September gab die Kirche bekannt, dass sie ihren Hauptsitz in Nashville aus finanziellen Gründen verkaufen muss. Gründe seien neben den sinkenden Einnahmen des Bundes als Folge des Mitgliederrückgangs die Rechtskosten im Zusammenhang mit dem Missbrauchsskandal. Nach eigenen Angaben habe

die Kirche etwa zwei Millionen US-Dollar aufbringen müssen. Medien berichteten hingegen von einer Summe von bis zu elf Millionen US-Dollar.

Laut Idea schrumpft die Kirche seit Jahren. Laut dem Forschungsinstitut „LifeWay Research“ (Nashville) sank die Zahl der Mitglieder von 16,3 Millionen im Jahr 2006 auf aktuell knapp 13 Millionen. 2004 traten die Southern Baptists aus dem Baptistischen Weltbund aus. Zu ihren bekanntesten Mitgliedern gehören der schwarze Bürgerrechtler Martin Luther King (1929-1968) und der Prediger Billy Graham.

Evangelikale Ausbildungsstätten in Deutschland kooperieren

München (KNA) Absolventen der Jüngerschaftsschule „WDL Academy“ in München können laut der evangelischen Nachrichtenagentur „Idea“ ab sofort schneller eine Ausbildung an der evangelikalischen Ausbildungsstätte Theologisches Seminar Rheinland (TSR) Wölmersen im Westerwald beginnen. Diese Möglichkeit gehe auf eine aktuell vereinbarte Kooperation zurück. Dabei handele es sich um einen Bachelor-Studiengang „In christlichem Denken und Pra-

xis“, den das TSR zusammen mit der Kairos Universität in Sioux Falls im US-Bundesstaat South Dakota anbiete.

WDL-Absolventen können nach „Idea“-Informationen diesen Ausbildungsgang künftig direkt mit dem zweiten Studienjahr beginnen, weil ihnen ihre auf der Jüngerschaftsschule erbrachten Leistungen angerechnet werden. Der Bachelorstudiengang dauere zwischen vier und sechs Jahren. Das theologische Seminar Rhein-

land bilde derzeit 92 Studenten für den Dienst in Kirche, Mission und Gesellschaft aus und gehöre zum Missions- und Bildungswerk Neues Leben (Wölmersen).

Die Bibel und Jüngerschaftsschule „WDL Academy“ ist laut Idea im September 2024 mit 16 Studenten gestartet. Sie gehöre zum christlichen Kinder- und Jugendwerk WDL (Wort des Lebens/ Berg am Starnberger See).

Metropolit Ioannis ist neuer Erzbischof von Albanien

Tirana (KNA/KAP) Metropolit Ioannis von Korca (69) ist neues Kirchenoberhaupt der albanisch-orthodoxen Kirche. Am 16. März wurde er vom Heiligen Synod der autokephalen (unabhängigen) Orthodoxen Kirche von Albanien in Tirana zum neuen Kirchenoberhaupt gewählt. Er folgt auf den verstorbenen Erzbischof Anastasios, der am 25. Januar verstorben war. Die Inthronisation von Metropolit Ioannis soll am 29. März stattfinden.

Der Metropolit gilt als geistiger Schüler des verstorbenen Kirchenoberhauptes Anastasios und war über Jahrzehnte seine rechte Hand, wie das Portal „Orthodox Times“ mitteilte. Ioannis erwarb sich laut Beobachtern sowohl als Bischof wie auch als Theologe große Verdienste und war maßgeblich am Wiederaufbau der Kirche im Land nach dem Fall des kommunistischen Regimes beteiligt. Auch im inner-orthodoxen und ökumenischen Dialog konnte sich

der Metropolit bereits viele Verdienste erwerben. Während der langjährigen Herrschaft des kommunistischen Diktators Enver Hoxha, in deren Verlauf es 1967 zu einem Religionsverbot kam und Albanien zum atheistischen Staat erklärt wurde, war die Orthodoxe Kirche von Albanien nahezu vollständig zerstört worden. Die damals noch in Albanien lebenden Priester wurden inhaftiert. Erst nach dem Sturz des kommunistischen Regimes 1990 konnten wieder öffentliche orthodoxe Gottesdienste gefeiert werden. Selbiges galt für alle Kirchen und Religionsgemeinschaften im Land.

Zusammen mit nur sehr wenigen alten und gebrechlichen Priestern, die überlebt hatten, und den verbliebenen Laien, baute Anastasios die Orthodoxe Kirche von Albanien wieder auf. Metropolit Ioannis war ihm dabei ab Mitte der 1990er Jahre eine wichtige Stütze.

Die Orthodoxe Kirche von Albanien ist nach den Muslimen und der Römisch-katholischen Kirche die drittgrößte Glaubensgemeinschaft des Landes. Die orthodoxen Christinnen und Christen des Landes leben hauptsächlich im Süden sowie in den Großstädten Tirana und Durrës. Über die Zahl der Kirchenmitglieder liegen nur sehr unsichere Angaben vor. Sie schwanken zwischen 160.000 und 420.000. Die Volkszählung aus dem Jahr 2011 ergab die Zahl von rund 190.000 orthodoxen Christinnen und Christen, was knapp sieben Prozent der Bevölkerung entspricht.

Das neue Kirchenoberhaupt Ioannis wurde am 2. Januar 1956 in Tirana geboren. Sein bürgerlicher Name ist Fatmir (Euty chius) Pelushi. Er wurde als junger Erwachsener heimlich getauft und schloss



*Neues Kirchenoberhaupt der albanisch-orthodoxen Kirche: Metropolit Ioannis von Korca
Foto: Wikipedia / CC BY 4.0*

sich einer kleinen kirchlichen Untergrundgruppe an. Zugleich studierte er Psychologie an der Universität Tirana und arbeitete von 1979 bis 1990 in der Rehabilitationsabteilung des Psychiatrischen Krankenhauses Tirana. Sein Vater war bereits 1944 zum Feind des Regimes erklärt worden, und auch der Sohn war ständig in Gefahr, verhaftet zu werden.

Theologe, Bischof, Kirchendiplomat

1990 floh er nach Italien und ging anschließend nach Boston (USA), wo er mit einem Stipendium der albanischen Gemeinde ein Theologiestudium an der griechisch-orthodoxen Schule der Theologie des Heiligen Kreuzes absolvierte. 1993 schloss er sein Studium ab und ging zurück nach Albanien, um sich am kirchlichen Wiederaufbau des Landes zu beteiligen. Erzbischof Anastasios ernannte ihn zum Professor an der Theologischen Akademie der Orthodoxen Autokephalen Kirche Albaniens. 1994 wurde er zum Diakon und Priester geweiht. Ab 1995 setzte er sein theologisches Aufbaustudium an der Holy Cross School in Boston fort, das er 1997 abschloss.

Schon 1996 wurde er Archimandrit und von 1996 bis 1998 war er Dekan der Theologischen Akademie der Orthodoxen Kirche Albaniens. 1998 wurde er zum Bischof geweiht und zum Metropoliten von Korca gewählt, während er auch weiterhin lehrte.

Neben Albanisch spricht Metropolit Ioannis Englisch, Französisch, Italienisch und Griechisch. Er übersetzte theologische und patristische Werke ins Albanische und war Mitautor des ersten Dogmatikhandbuchs in albanischer Sprache. Im Jahr 2000 gründete er die wissenschaftliche Zeitschrift „Temple“ („Tempulli“), eine der angesehensten wissenschaftlichen Zeitschriften Albaniens. Daneben initiierte er in seiner Metropole aber auch viele soziale und karitative Aktionen und Projekte.

Der Metropolit vertrat die Orthodoxe Autokephale Kirche Albaniens bei zahlreichen interorthodoxen Treffen und fungierte als Berichterstatter und Mitglied von Ausschüssen, die für die Ausarbeitung offizieller Texte, Erklärungen und Botschaften zuständig waren. Ein Jahrzehnt lang war er Mitglied der Vorbereitungsausschüsse, die für die Ausarbeitung der Texte des Panorthodoxen Konzils von Kreta sowie der Abschlussdokumente des Konzils im Jahr 2016 zuständig waren.

Darüber hinaus war Ioannis Mitglied bedeutender Arbeitsgruppen innerhalb des Ökumenischen Rates der Kirchen. Viele Jahre hat er die albanisch-orthodoxe Kirche in wichtigen bilateralen Dialogen zwischen den Orthodoxen Kirchen und sowohl der katholischen Kirche als auch den altorientalischen Kirchen vertreten.

*Gläubige zollen
dem verstorbenen
Erzbischof von
Tirana Tribut.
Foto: Imago / ZUMA
Press Wire*



Theologe: Bonhoeffer in neuem Film falsch dargestellt

Wien (KAP/KNA) Die Debatte über den soeben angelaufenen Kinofilm „Bonhoeffer“ reißt nicht ab: Das Filmdrama um den evangelischen Theologen und NS-Gegner Dietrich Bonhoeffer (1906–1945) enthalte eine verzerrende Darstellung des 1945 im NS-Konzentrationslager Flossenbürg Hingerichteten, sagte der katholische Wiener Theologe Gunter Prüller-Jagenteufel im ORF-Religionsmagazin „Orientierung“. In zentralen Aspekten seien Bonhoeffers Motive nicht korrekt wiedergegeben worden, so der Professor für Katholische Theologie im Fachbereich theologische Ethik an der Universität Wien.

Bereits hinsichtlich der Darstellung des Titelcharakters als einsamer Held, der auch mit Gewalt agiert, gehe der Film von Regisseur Todd Komarnicki an der historischen Figur vorbei, urteilte Prüller-Jagenteufel. „Von Bonhoeffer habe ich gelernt, dass Heldenfiguren oft das Gegenteil von verantwortlichen Personen sind. Bonhoeffer wollte nie Held sein. Er wollte immer verantwortlich sein.“

Kritisch äußerte sich der Theologe auch darüber, wie undifferenziert der Film mit Bonhoeffers Haltung zu den Planungen an einem Attentat gegen Adolf Hitler umgehe. Dem Mord am Tyrannen, der zumindest in der katholischen Tradition in bestimm-

ten Fällen „aus entsprechendem schwerem Grund in Ordnung“ sein könne, habe Bonhoeffer in Wahrheit widersprochen, so der Wiener Experte weiter. „Er sagt: Nein, es ist nie in Ordnung, einen Menschen zu töten, denn jeder Mensch – auch der schwerste Sünder – hat immer das Recht auf Leben. Wenn ich ihm dieses Recht verweigere, indem ich ihn umbringe, dann handle ich tatsächlich gegen Gottes Gebot.“

„Die Kirche muss eingreifen“

Auf diese Weise habe Bonhoeffer argumentiert – und dennoch eingeräumt, dass es in einer Welt, in der die Sünde regiert, mitunter auch zu Situationen kommen kann, in denen es keinen guten Ausweg gibt. Die historischen Entwicklungen seiner Zeit habe Bonhoeffer verglichen mit einem „Wagen, der ohne Steuer den Berg hinunterrollt und das ganze Dorf gefährdet“, berichtete der Moraltheologe. „Da sagt Bonhoeffer: Wir können uns nicht nur um die kümmern, die unter die Räder kommen, indem wir die Opfer unter dem Rad verbinden. Sondern wir müssen auch dem Rad selbst in die Speichen fallen.“ Die Kirche müsse daher in die Geschichte eingreifen – was damals nicht selbstverständlich gewesen sei.

„Bonhoeffer“ ist seit vergangener Woche in den Kinos zu sehen. Nach dem bereits im November 2024 erfolgten US-Kinostart gibt es anhaltend Kritik an einer „bewussten Verdrehung“ und an „kultureller Aneignung“ des Bonhoeffer-Films durch Kreise der christlichen Rechten in den Vereinigten Staaten. Bonhoeffer werde vereinnahmt, pervertiert und zu einem Kronzeugen gegen die liberale Demokratie umgedeutet, hieß es. Liberale und die Demokratische Partei wurden dabei teilweise mit den Nationalsozialisten gleichgesetzt, gegen die es heute wie einst Bonhoeffer Widerstand zu leisten gelte.



US-Filmplakat zu „Bonhoeffer – Pastor, Spy, Assassin“. Foto: Imago / Everett Collection